

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMELSTRASSE 15
3005 BERN

KONSENSMODELL Das holländische «Polder-Modell»

Vorbild für die Schweiz?

Der wirtschaftspolitische Diskurs führt auch in unserem Land zur Auseinandersetzung mit dem niederländischen «Polder-Modell».

Handwritten: Pg 21580

Handwritten: 

Handwritten: 

Handwritten: SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIUNALA SVIZRA

krisen hatten die strukturellen Unausgewogenheiten der Wirtschaft deutlich werden lassen. Die chronisch zu hohen öffentlichen Ausgaben und Lohnkosten wirkten sich sowohl auf die Arbeitslosenquote verheerend aus. Zudem praktizierte die Regierung eine kostspielige Frühverrentungspolitik und eine grosszügige Invaliditätsregelung, die dazu führte, dass im Jahr 1994 knapp 800 000 Holländer – dies entspricht rund 10 Prozent der Erwerbstätigen – eine Invaliditätsrente bezogen. Diese

kostspieligen Regelungen trieben die Kosten des Sozialstaates Holland in die Höhe: Mehr als 45 Prozent des Sozialprodukts flossen noch zu Beginn der 90er Jahre in Form von Steuern und Sozialabgaben an die öffentlichen Haushalte und an die Sozialversicherungen.

Worin liegt das Erfolgsrezept der Niederlande?

Das Erfolgsrezept der Niederlande geht auf eine lange Tradition zurück, die heute als «Konsenspolitik» umschrieben und erklärt wird: Das niederländische Ver-

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Einladung für die Gentechnologie-Delegiertenversammlung vom 24. Januar 1998 in Zürich finden Sie auf Seite **8**
- Den Hinweis auf die Studientagung zum Technologietransfer vom 21. Februar 1998 in Bern lesen Sie auf Seite **12**
- Eine Vorstellung der Gen-Lex von FDP-Nationalrat Johannes Randegger ab Seite **13**
- Die Auflösung des letzten «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



CLAUDIA KOHLSCHÜTTER,
POLITISCHE
SEKRETÄRIN
GENERALSEKRETARIAT

Anfang der achtziger Jahre befand sich die niederländische Wirtschaft in einem desolaten Zustand, und die Rede war vom sogenannten «dutch disease»: Zwei Öl-

handlungsmodell «het overlegmodel» (Verhandlungsmodell, Konsultationsmodell) hat sich infolge der Industrialisierung entwickelt und wurde im Laufe der Jahre zum integrativen Be-

standteil der niederländischen Politik.

Als Vorbild geeignet?

Wollte die Schweiz das Polder-Modell übernehmen, würde unsere Politik sehr schnell an Grenzen stossen, die zeigen, dass Holland auf anderen Traditionen aufbaut als die Schweiz. Wenngleich die sozioökonomischen Zahlen bestechend sind, darf nicht vergessen werden, dass der Stellenwert der Arbeit und die damit verbundene Identifikation eine andere ist als in den Niederlanden. Einigen fehlt die nötige Flexibilität, es fehlt die Einsicht, dass uns die desolaten Bundesfinanzen und der ausufernde Sozialstaat alle angehen. Kurzum, es fehlt vielen an der niederländischen Opferbereitschaft, weil wir uns wenig gewohnt sind, Opfer zu bringen. Wir halten fest an einem Wohlstand, der unterdessen sehr fragil geworden ist.

Herzlichen Dank, Herr Bundesrat Delamuraz!

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) bedauert den Rücktritt von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Sie dankt dem abtretenden Staatsmann für die geleisteten immensen Dienste für unser Land und wünscht ihm nur das Beste für die persönliche Zukunft.

Rücktritt aus dem Bundesrat informiert worden. Sie nimmt diese Nachricht mit grossem Bedauern zur Kenntnis, versteht den Schritt aber angesichts der gesundheitlichen Lagebeurteilung vollkommen.

Die FDP dankt dem abtretenden Magistraten für all seine geleisteten Dienste für sein Land und seine Partei ganz herzlich. Während vierzehn Jahren hat er sich uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf eigene Bedürfnisse für dieses Land engagiert. Die FDP schätzt seine Verdienste für

die Schweizerische Volkswirtschaft sehr hoch ein. Zu erwähnen sind insbesondere seine Leistungen für den Freihandel im Zusammenhang mit der Uruguay-Round des Gatt, das Revitalisierungsprogramm im Nachgang zum EWR-Nein, der grosse Einsatz zugunsten der Integration der Schweiz in Europa sowie seine zahlreichen Missionen zur Marktöffnung in der ganzen Welt. Bundesrat Delamuraz' sehr ausgeprägte politische Sensibilität zeigt sich in seiner stets hohen Popularität, die

er in breitesten Kreisen geniesst.

Die FDP erhebt Anspruch auf den vakanten Sitz im Bundesrat. Sie erkennt den Anspruch der Romandie vollumfänglich an. Das weitere Vorgehen der Nomination von Nachfolgekandidaten wird die Partei noch diese Woche bekanntgeben.

Die Nachricht vom Rücktritt hat uns erst kurz vor Drucklegung erreicht. Der «Freisinn» wird in den nächsten Ausgaben die Verdienste von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ausführlich würdigen.

GUS. Die FDP ist von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz diesen Morgen über seinen bevorstehenden

ALTJAHRESWOCHE ◉ Zum vermeintlichen Natel-Skandal

Von Ereignis-Maschinen und Medienpossen . . .

In dem Buch «Eine intime Geschichte der Menschheit. Über die Kunst des Lebens» schreibt Theodore Zeldin einen Satz, den man nicht auf Anhieb versteht. Es ist ein paradoxer Satz: «Der Lärm der Welt setzt sich aus Schweigen zusammen.»

FDP-STÄNDERAT
ANDREAS ITEN,
UNTERRÄGERI (ZG)



Die Wahrheit verbirgt sich oft in widersprüchlichen

Aussagen, die erst durch eine genauere Analyse zutage gefördert wird. Tiefere Wahrheiten liegen selten auf der Hand. Wie ist das zu verstehen, wenn es heisst, das Laute setze sich aus Schweigen zusammen? Der Lärm ist gerade nicht stumm, und wie sollte er aus dem Schweigen entstehen. Das Aneinanderreihen des Schweigens ergibt keinen Ton. Kann man also mit Schweigen Lärm erzeugen?

Herumrühren im Suppenteller

Wir befinden uns, was die Wahrheit des paradoxen Satzes anbelangt, in einer ungemütlichen Situation. Vielleicht hilft uns Theodore Zeldin, ihn zu entziffern. Vor dem hier zitierten Satz schreibt der Autor: «Bei den meisten Begegnungen verbietet uns immer noch der Stolz oder die Vorsicht zu sagen, was wir im Innersten empfinden.» Diese Aussage gibt uns einen Anhaltspunkt, wie der widersprüchliche Satz verstanden werden könnte. Lärm entsteht, weil wir aus Stolz oder Vorsicht eine Sache verschweigen. Wer

schweigt, lässt den Lärm zu. Oder man könnte es so formulieren wie Max Frisch in seinem Tagebuch: «Das Peinliche besteht darin, dass die Dinge, die man mit Vorsicht (oder Stolz, füge ich bei) beschweigt, immer lauter werden.»

Ich erörtere den Gehalt dieses Satzes an einem aktuellen Beispiel. Die «Sonntags-Zeitung» versuchte mit einem Artikel Aufsehen zu erregen, und es ist ihr gelungen. Die Swisscom registrierte die Daten der Natel-Kunden, schrieb sie, und sofort erwachte das Komitee der Initiative «S.o.S.-Schluss mit dem Schnüffelstaat» und meinte, es handle sich um eine «traurige, aber erwartete Fortsetzung des Fichenskandals». Das Fernsehen bot die Schlüsselpersonen des Datenschutzes auf, und diese kommentierten voreilig das Medienereignis. Nach drei Tagen allerdings erwies sich der Lärm als Schaumslagel oder als ein Herumrühren im Suppenteller, und die Wellen gelangten nur bis zum Tellerrand. Die Blamage war offensichtlich. Die Wahrheit ist äusserst schlicht. Sie versteckt sich zwar im Lärm der Welt, aber sie ist einfach: Der Journalist der «Sonntags-Zeitung» hat seine Recherchierpflicht sträflich vernachlässigt.

Schweigerinnen und Schweiger sind mitschuldig

Aus dem Vorfall, den ein Schwankdichter unter dem Titel: «Viel Lärm um nichts» zu einer Posse verarbeiten könnte, erkennen wir, wie der Lärm im Schweigen der Medienkonsumenten immer grösser wird. Entweder sind sie zu stolz, dieses Um-die-Nase-Herumführen zu kritisieren, oder sie schweigen aus Vorsicht, denn das Nicht-Schweigen macht sich nicht bezahlt oder schadet sogar dem Kritiker. Immerhin, ein Journalist des «Bunds», Daniel Röthlisberger, schreibt am Schluss eines

kritischen Artikels über den vermeintlichen Skandal von der Überwachung der Natel-Benützer: «Bereits im September hat der «Beobachter» berichtet, dass Natel-Daten gespeichert werden und dass sich damit Bewegungsprofile von Natel-Benützern erstellen liessen. Warum hat damals niemand aufgeschrien?» Diese Frage ist sicher nicht naiv, sondern sie ist bewusst ironisch. Daniel Röthlisberger weiss sehr wohl, wie sich dieses Medienspektakel erzeugen liess, und sollte er es nicht wissen, dann möchte ich es zur Aufklärung der Leserinnen und Leser hier kurz sagen. Es ist eine Posse in fünf Bildern. 1. Die «Sonntags-

Zeitung» braucht eine Geschichte, mit der sich Lärm machen lässt. 2. Bild. Sie telefoniert am Vortag dem Fernsehen und anderen interessierten oder verwandten Medien und bekennt, dass am Sonntag eine heisse Geschichte in der Zeitung stehe. Dies muss am Vortag geschehen, sonst stehen keine Fernsehquips mehr zur Verfügung. 3. Ein Journalist des Medienkartells wendet sich an die Schlüsselpersonen des Schwarzes, diesmal sind es der Datenschutzbeauftragte und der Präsident der Konzessionskommission. Man sagt ihnen, sie sollten dann am Sonntag erreichbar sein, weil es einen Skandal zu kommentieren gelte. 4. Der Artikel erscheint. Die bereitgestellten Aufnahmequips werden auf die Schlüsselpersonen ange-setzt, und diese machen daraus ein grosses Wesen. 5. Bild: Als sich herausstellt, dass das ganze statt eine heisse eine lächerliche Sache ist, wird noch ein mediengewandter Nationalrat aufgeboden, der die gekö-derten Ereignisvermittler aus der Schusslinie nimmt, indem er jene beschuldigt, die gar nichts dafür können, dass sie beschuldigt worden sind.

Und weil wir Leser und Zuschauer schweigen, lässt sich mit dem Lärm sogar Geld verdienen, und darauf kommt es doch schliesslich an. Ich meine also, sehr verehrte Leserin, sehr geehrter Leser, das Paradox des Satzes von Theodore Zeldin erläutere zu haben, und Sie können nun auch Max Frisch recht geben, wenn er schreibt, dass die Dinge, die man mit Vorsicht beschweige, immer lauter würden. Und wir, die Schweigerinnen und Schweiger, sind mitschuldig, ja wir sind sogar Mittäter. Wir sagen nicht laut, was wir im Innersten empfinden.



Der vermeintliche Natelskandal gibt Anlass zu vertieften Überlegungen zur Funktionsweise der Medien. (Photo key)

IM GESPRÄCH  Rolf Schmid, Aeschi

«Kann Herausforderungen nicht widerstehen»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

No risk – no success!

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

Auf die Innovationskraft der Menschheit.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Unsere Verantwortungslosigkeit gegenüber der Natur und unseren Mitmenschen.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Zu beiden Kategorien gibt es viele Beispiele. Sehr wichtig war die Erfindung des Buchdrucks – verzichten könnten wir auf das «Tamagochi».

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Wie wäre es mit einem 30-Stunden-Tag? Spass bei Seite – ich denke, gerade im medizinischen Bereich können noch einige sehr wertvolle Substanzen er-

Rolf Schmid wurde Ende Dezember zum Generalsekretär der International Federation of Liberal and Radical Youth (IFRLRY) gewählt. Ihr gehören über siebzig Organisationen an.

Herzliche Gratulation!

funden werden.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Das mehr oder weniger problemlose Zusammenleben von vier Sprach- und Kulturgemeinschaften in der Schweiz macht mich stolz auf dieses Land

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Das Misstrauen gegenüber Veränderungen und der «Kantönligeist».

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Hin zu einem föderalistischen Gebilde der Regionen.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Vordenken und führen müssen kleine Gruppen, doch getragen werden muss der Fortschritt von einer demokratischen Mehrheit.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

All jenen, die sich unter widrigsten Umständen für eine demokratische und friedliche Gesellschaft einsetzen.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Wenn er oder sie die Gemein- vor die Eigeninteressen setzt und mit Mut, Ehrlichkeit und Konsequenz zu



Rolf Schmid: «Die FDP verfügt über das grösste Potential an innovativen Menschen.»

seinen Überzeugungen steht.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

In erster Linie bin ich Jungliberaler. Zur FDP stehe ich, weil ich an die Grundsätze Verantwortung, Toleranz und Freiheit glaube. Der Liberalismus ist die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Die FDP verfügt über das grösste Potential an innovativen Machern, nur fehlt ihr zur Zeit eine klare Positionierung, die es auch erlauben würde, dieses Potential zielgerichtet einzusetzen.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Ich kann Herausforderungen nicht widerstehen, das führt zu konstanter Arbeitsüberlastung. Ich hoffe, meine Stärke liegt in der Dialogbereitschaft.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLEARNEN?

Es gibt viele Berufe, die mich interessieren würden, z. B. im Bereich Biochemie. Doch ich würde wieder einen Management-Beruf wählen, also wenn möglich Betriebswirtschaft studieren.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Den spannenden Thriller «The Game» mit Michael Douglas in der Hauptrolle.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Die älteste Schweizerin oder den ältesten Schweizer, um mit ihr oder ihm

STICHWORTE

INTERNET: Kommunikation und «Business»

SOZIALSTAAT: Kollektive Entmündigung

NEAT: Beispiel für Entscheidungsschwäche

AGRARPOLITIK: Grosse Herausforderungen

VERFASSUNGSREVISION: Dieses Jahr durchziehen!

«ARENA»: Polit-Show

über die Entwicklung der Schweiz diskutieren zu können.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Da gibt es einiges. Zum Beispiel möchte ich noch ein paar Sprachen mehr können. Es gibt noch viel zu lernen, und man sollte ständig an sich arbeiten.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Ich werde mir noch einige Wünsche erfüllen. Einen ganz speziellen gibt es nicht. Wünsche entstehen und verschwinden wieder. ■

ZUR PERSON

Wohnhaft in Aeschi (Kanton Solothurn). Ledig. Mitinitiant des Projektes CH-Forum 98 (Schloss Waldegg, Solothurn). Vorstandsmitglied der Radio- und Fernsehgesellschaft Aargau/Solothurn.

HOBBIES: Musik, Sport, Bücher und Politik.

ALTER: 26 Jahre.

BERUFLICHE STATIONEN: Ausbildung: lic.oec. HSG (International Management). 1996 Webopera GmbH (Mitbegründer). Seit Juli 97 Leiter Marketing Energieversorgung Nord bei der Atel AG, Olten.

POLITISCHER WERDEGANG: Seit 1992 Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftspolitik FDP Schweiz. Seit 1993 Vertreter der Jungfreisinnigen Schweiz bei der International Federation of Liberal and Radical Youth (als International Officer seit 1997). 1994–1997 Präsident der Jungfreisinnigen der Region Solothurn. Seit 1997 Präsident der Jungliberalen des Kantons Solothurn. Seit 1993 Vorstandsmitglied der FDP Kanton Solothurn.

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Menschen treffen und mit ihnen zusammen Probleme lösen, Projekte durchführen und Spass haben!

Instrumentarium

Der Hintergrund des Buches ist an sich schon brisant: Der direkte Vorläufer warf bereits 1979 hohe Wellen. Noch höhere Wellen jedoch werden die kommenden Wahlen werfen. Dort entscheidet sich die politische Richtung der Schweiz im kommenden Jahrhundert.

Das Buch ist ein alphabetisch aufgebautes Nachschlagewerk: Es enthält alles von A wie «Abgeordnete» bis Z wie «Zustimmen». Dem erfahrenen Praktiker ermöglicht es, sein Wahlkampfinstrumentarium auszubauen. Dem Laien dient es ebenso: als umfassender Überblick der ihm zur Verfügung stehenden Instrumente. Das Buch soll motivieren, Wahlkämpfe auch wieder als Kampf zu führen.

Der ausführliche Text «Erkennen und Erneuern», der die aktuelle Situation der Schweiz analysiert, bildet den Beginn des Buches. Er versteht sich als ein Aufruf, der heutigen Lethargie und politischen Betäubung zu entrinnen. Die Schweiz habe sich in einen nationalen Kokon eingeschlossen. Nun drohe die darin befindliche Puppe zu verhungern oder teilweise von ausländischen Aggressoren aufgefressen zu werden. Nur eine umfassende politische Erneuerung könne uns retten, schreibt Stöhlker.

Nicht alles, was Stöhlker in seinem Nachschlagewerk vorschlägt, ist zu empfehlen. Des öfters bewegt er sich näher bei «Tricks» als bei «Strategien» und «Techniken».

Dem kundigen Leser soll es aber überlassen bleiben, über die Zulässigkeit und Verantwortbarkeit einzelner «Tips» zu entscheiden. Als Handbuch für den Wahlkampf von Kandidat zu Kandidat ist es aber durchaus geeignet und voller Anregungen.

Ein paar «Müsterchen» sollen hier bereits genannt werden:

Abstraktion

«Eine Redaktionskommission soll frühzeitig eingesetzt werden, damit die abstrakten Formulierungen, wie sie aus dem Parteikader oder der Verwaltung kommen, in eine verständliche Sprache umgesetzt werden.»

Bild

«Ein Artikel von Ihnen oder über Sie in der Presse ist gut, ein Bild von Ihnen dabei ist besser. Der Beachtungsgrad des besten Artikels steigt durch ein Bild um bis zu 100 Prozent.»

Hintergründe

«Merke: Wer Hintergründe kennt, ist wichtig. Hintergrund ist heute, wo soviel Vordergründiges geschieht, ein magisches Wort geworden.»

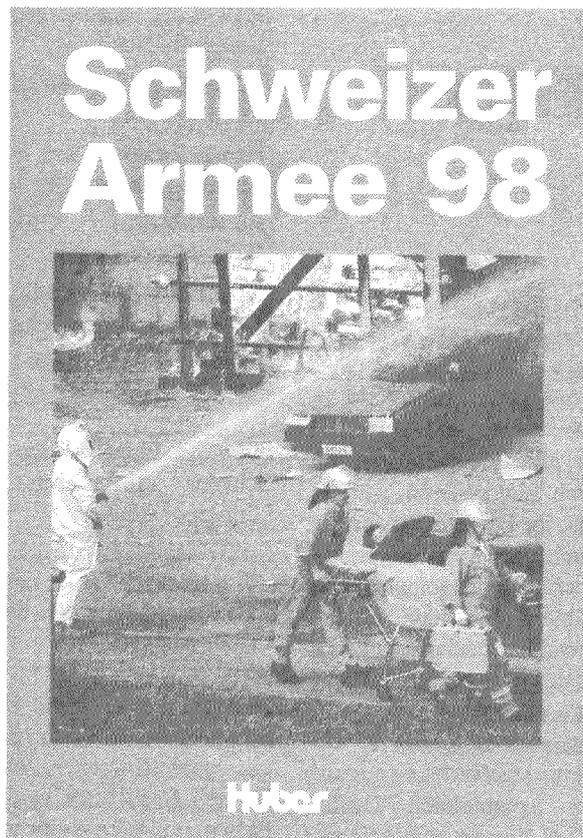
Prägnant formulieren

«Kurze und gute Formulierungen setzen sich im Wahlkampf besser durch als lange und gute Formulierungen, natürlich auch besser als lange und schlechte Formulierungen.»

Wahlkampfdauer

«Nach der Wahl ist vor der Wahl!»

Klaus J. Stöhlker: Wahlkampf von A bis Z. 304 Seiten, gebunden. ISBN: 3-908688-24-8. Preis: Fr. 58.-



Schweizer Armee 98

Auch das neue Taschenbuch «Schweizer Armee 98» vermittelt in geraffter Form und auf aktuellem Stand alles Wissenswerte über Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee.

Einen besonderen Schwerpunkt bilden Informationen über Konzeption und Einsätze im Rahmen der friedenssichernden Massnahmen des Bundesrates.

Das neue Armee-Taschenbuch orientiert über die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik, den Auftrag der Armee, die Einsatzkonzeption, die Gliederung und die Organisation gemäss neuem Armee-Leitbild. Es stellt alle Kampf- und Unterstützungsmittel in

Text und Bild vor.

Schweizer Armee 98 ist für alle, welche an der Armee interessiert sind, eine Grundlage; es vermittelt genaue Informationen über Vielfalt und Komplexität moderner Landesverteidigung.

Schweizer Armee 98. Josef Inauen (Hrsg.). 632 Seiten, Broschur. Fr. 32.-. ISBN 3-7193-1145-7. Verlag Huber, Frauenfeld.

Klaus J. Stöhlker

Wahlkampf von A bis Z



utzinger/ stemmler verlag

SONDERREISE NACH: GEORGIEN, ARMENIEN, ASERBEIDSCHEAN

MIT NATIONALRAT ERNST MÜHLEMANN

Immer mehr Menschen in Europa erkennen: Der Kaukasus ist nicht mehr die Krisenregion, die er jahrelang war. Als Brückenkopf zwischen Europa und Asien besinnen sich die Völker Transkaukasiens immer mehr darauf, dass sie nur gemeinsam eine sichere Zukunftschance haben. Und die Welt unterstützt den Aufbau der jungen/alten Länder mit technischer, personeller und finanzieller Hilfe. Auf unserer Reise kommen Sie mit massgebenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen.

ERNST MÜHLEMANN



Nationalrat Ernst Mühlemann, geb. 1930, ist einer der profiliertesten Aussenpolitiker der Schweiz. Mitglied des Nationalrates (FDP) ist er seit 1983, und 1992 wurde er auch in den Europarat gewählt. Für den Europarat war er u.a. Hauptberichterstatter für die Aufnahme Russlands.

Weitere Kondaten über Ernst Mühlemann: Von 1972 bis 1992 Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft und Leiter des Ausbildungszentrums Wolfsberg. 1979 bis 1992 Lehrauftrag für Unternehmensführung an der Universität Konstanz. Seit 1992 Berater beim Unternehmerforum Lilienberg in Ermatingen.

Ernst Mühlemann kennt Russland und die Kaukasus-Region intensiv und aufgrund von direkten Kontakten mit den wichtigsten Politikern.

VORGESEHENES REISEPROGRAMM

1. Tag (Donnerstag, 15. Oktober). Flug Zürich-Istanbul-Tbilissi. Transfer zum Hotel. Übernachtung in Tbilissi.

2. Tag (Freitag, 16. Oktober). Besichtigung der Stadt Tbilissi und Treffen mit politischen Vertretern. Übernachtung.

3. Tag (Samstag, 17. Oktober). Altstadt-rundgang Tbilissi mit Besuch von Metechi-Kirche und Plateau, Bäderviertel mit Moschee und Synagoge, Sioni-Kathedrale, alte Karawanserei. Abends Vortrag über die politische Entwicklung Georgiens seit der Unabhängigkeit 1989-1998. Übernachtung in Tbilissi.

4. Tag (Sonntag, 18. Oktober). Tagesausflug nach Mzcheta und Gori mit Besichtigung

der Dshuari-Kirche, der Kathedrale Sveti Zchoveli, des Stalins-Geburtshauses und -Museums in Gori und der vorchristlichen Höhlenstadt Uplisiche. Abends Einführung in die Tradition der georgischen Küche. Übernachtung in Tbilissi.

5. Tag (Montag, 19. Oktober). Treffen mit verschiedenen Vertretern aus der Politik und Wirtschaft. Abends Konzertveranstaltung - traditionelle Vokal- und Instrumentalmusik. Übernachtung in Tbilissi.

6. Tag (Dienstag, 20. Oktober). Tagesausflug in den grossen Kaukasus über die Georgische Heerstrasse und den Kreuzpass (2379m) nach Kasbeghi, Wanderung (total ca. 3 Stunden) zur Kirche Zminda Sameba (Dreifaltigkeitskirche), die auf 2200m eindrucksvoll vor dem 5033m hohen Berg Kasbek liegt. Übernachtung in Tbilissi.

7. Tag (Mittwoch, 21. Oktober). Vormittags zur freien Verfügung (Evtl. Besuch eines türkischen Thermalbades). Nachmittags Flug nach Erewan. Abendessen mit Hintergrundgesprächen. Übernachtung in Erewan.

8. Tag (Donnerstag, 22. Oktober). Stadtrundfahrt mit Besuch des Handschriftenmuseums Matenadaran. Treffen mit Politikern. Abends Konzert- oder Theaterbesuch. Übernachtung in Erewan.

9. Tag (Freitag, 23. Oktober). Vormittags treffen mit Politprominenz. Nachmittags Ausflug zum griechischen Tempel von Garni und zum Höhlenkloster Geghard. Abends Stadtbummel. Übernachtung in Erewan.

10. Tag (Samstag, 24. Oktober). Tagesausflug zum Sewan-See, Besichtigung des Sewan-Klosters. Übernachtung in Erewan.

11. Tag (Sonntag, 25. Oktober). Besuch der Kathedrale von Etschmiadsin - Sitz des armenischen Patriarchen-, der Kirchen Gajane und Hripsime. Nachmittags Flug nach Tbilissi. Abends Jazzkonzert, Übernachtung in Tbilissi.

12. Tag (Montag, 26. Oktober). Tagesausflug zum Höhlenkloster am Berg Udabno in der Halbwüste von David Garetschi an der georgisch-azerbaidschanischen Grenze. Wanderung (ca 3 Stunden) zu den Klo-

sterhöhlen mit sehenswerten Wandmalereien aus dem 11. und 12. Jh. Abends Abschiedsdinner, Übernachtung in Tbilissi.

13. Tag (Dienstag, 27. Oktober). Vormittag zur freien Verfügung. Nachmittags Abflug nach Baku. Transfer zum Hotel und Altstadt-rundgang. Abends Diner im Altstadt-Restaurant „Karawansaray“. Übernachtung in Baku.

14. Tag (Mittwoch 28. Oktober). Treffen mit Politikern. Nachmittags Rundfahrt durch die Halbinsel Apsharon (eindrucksvolle Industriebrachen, ehemaliger Oelfelder) mit Besuch des Tempels der Feueranbeter (Zarathustra-Kult). Übernachtung in Baku.

15. Tag (Donnerstag, 29. Oktober). Details auf Anfrage. Übernachtung in Baku.

16. Tag (Freitag, 30. Oktober). Rückflug Baku-Istanbul-Zürich.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

REISEDATEN:

Donnerstag, 15. Oktober bis Freitag, 30. Oktober 1998

PREIS PRO PERSON:

CHF 9'490.-

EINZELZIMMERZUSCHLAG:

CHF 2'300.-

LEISTUNGEN INBEGRIFFEN

- 1. Kl. Bahnbillett vom Wohnort (Grenzort Schweiz) zum Flughafen Kloten und zurück
- Linienflüge mit Turkish Airlines Zürich-Istanbul-Tbilissi und Baku-Istanbul-Zürich
- alle innerkaukasischen Flüge
- Flughafentaxen
- Übernachtungen in Mittelklasse- und Erstklasshotels, Basis Doppelzimmer
- Halbpension
- Ausflüge, Eintritte, Transfers gemäss Programm
- Betreuung und Reisebegleitung durch Nationalrat Ernst Mühlemann
- zusätzliche, örtliche deutschsprachige Reiseleitung
- Visagebühren
- BACKGROUND-TOURS-Versicherungspaket für Annulation und Extratierpreiskosten

NICHT INBEGRIFFEN:

- persönliche Auslagen
- eine Hauptmahlzeit pro Tag

TEILNEHMERZAHL:

Mindestteilnehmerzahl: 12 Personen. Maximalteilnehmerzahl: 20 Personen

REISEFORMALITÄTEN:

Schweizer BürgerInnen benötigen einen Reisepass, der noch sechs Monate über das Rückreisdatum hinaus gültig ist. Visa sind erforderlich. Wir holen dieses für Sie ein. StaatsbürgerInnen anderer Länder wollen sich bitte bei uns über die Einreisbestimmungen erkundigen.

WEITERE VORSCHLÄGE:

- Namibia mit Erich Gysling
- Rajasthan mit Arnold Hottinger
- Mongolei mit Annelise Liechti-Stucki
- USA mit Walter Eggenberger

BITTE SENDEN SIE MIR IHRE UNTERLAGEN

Name: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

Tel. _____

THE BACKGROUND TOURS

ALPENSTRASSE 6 POSTFACH 6205

CH-6000 LUZERN 6

FON 041 - 410 01 04

FAX 041 - 410 01 07

E-MAIL: tours@background.ch

STEUERPOLITIK  Absage an Krisenpopulismus

Weg vom Alleskleber

«zusätzliche Steuereinnahmen»

In den letzten Wochen haben unter anderem zwei Ereignisse das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft betroffen. Die Mega-Fusion zwischen der Schweizerischen Bankgesellschaft und dem Schweizerischen Bankverein zur United Bank of Switzerland (UBS) und der

Umzug der BZ-Bank von Zürich in den Kanton Schwyz. Die Klage wurde laut, das Primat der Politik habe abgedankt, sie schaue nur noch ohnmächtig zu, wie die Wirtschaft entscheide. Was ist zu diesem Fragenkomplex aus freisinniger Sicht zu sagen?

FDP-NATIONALRAT
UND PARTEIPRÄSIDENT
FRANZ STEINEGGER,
FLÜELN (UR)

Die FDP tritt gegen neue Steuern ein. Sie ist aber bereit, als Kompensation für den vermutlich bald wegfal-

lenden Börsenstempel Ideen wie eine Vermögenszuwachssteuer, eine Kapitalgewinnsteuer und eine Depotabgabe zu prüfen. Diese Vorschläge werden unabhängig und unkoordiniert als zusätzliche Einnahmen nicht akzeptiert.

Betroffenheitskundgebungen

Wir haben die Durchführung einer zusätzlichen Sondersession zur Diskussion der UBS-Fusion und neuer Steuerforderungen abgelehnt. Die Einberufung einer solchen ist aber nicht zu unterbinden, da fünfzig Unterschriften von Nationalratsmitgliedern ausreichen. Die allfällige Kompensation des Börsenstempels kann auf ordentlichem gesetzgeberischem Weg später erfolgen. Die Prüfung der entsprechenden Vorschläge im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) ist bereits im Gange. Die UBS-Fusion im Parlament behandeln zu wollen ist wirkungslos. Zu mehr als einer allgemeinen Aussprache und Betroffenheitskundgebungen wird eine solche Debatte nicht führen.

Die SP hat mit ihren Forderungen nach neuen Folterinstrumenten gegen die Wirtschaft in Form unbezahlbarer neuer Steuern ihre wirtschaftspolitische Maske fallengelassen. Ihre wahren Absichten in Wirt-



Franz Steinegger

schafts- und Finanzfragen sind mit unüberbietbarer Deutlichkeit zutage getreten. Wer die unbedingte Einführung der Kapitalgewinnsteuer, der Depotabgabe, einer nationalen Erbschaftssteuer ultimativ und am liebsten ab sofort fordert, verlangt untragbare Mehrbelastungen für weite Kreise der Bevölkerung und der Wirtschaft und würgt den eben beginnenden Aufschwung ab. Zudem würden riesige Vermögenswerte ins Ausland abwandern. Damit würden noch mehr Arbeitsplätze bei den Banken gefährdet. Die SP positioniert sich einmal mehr als Arbeitsplatzabbauerin.

Weg vom Alleskleber «zusätzliche Steuereinnahmen»

Die FDP steht für den Föderalismus bei den kantonalen Steuersystemen ein. Ein angemessener Steuerwettbewerb unter den Kantonen

ist gesund und wirkt dämpfend auf die Ausgabenfreudigkeit. Eine umfassende Steuerharmonisierung lehnt die FDP deshalb ab. Ohnehin sind die Kantone verpflichtet, bis ins Jahr 2001 für juristische Personen auf die jährliche Gegenwartsbesteuerung umzustellen. Schlupflöcher, die zu Ungerechtigkeiten führen, sind jedoch zu stopfen. Das trifft zum Beispiel zu für massive Vermögenszunahmen in Millionenhöhe, für die keine Einkommenssteuer bezahlt wird. Wir sind deshalb bereit, eine ähnliche Regelung für die Besteuerung natürlicher Personen zu diskutieren.

Die FDP fordert eine Ausweitung der Diskussion weg vom Alleskleber «zusätzliche Steuereinnahmen» hin zu einer umfassenden Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit der Schaffung der Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze:

■ Schaffung von Vertrauen in den Standort Schweiz durch die Sanierung der Bundesfinanzen: Erfüllen des Haushaltsziels 2001 durch ausgabenseitige Einsparungen.

■ Neuansiedlung von Unternehmen in der Schweiz dank dem neuen Unternehmenssteuerrecht und einem verbesserten Standortmarketing.

ZUM THEMA

Die FDP tritt gegen neue Steuern ein. Sie ist aber bereit, als Kompensation für den vermutlich bald wegfallenden Börsenstempel Ideen wie eine Vermögenszuwachssteuer, eine Kapitalgewinnsteuer und eine Depotabgabe zu prüfen.

Die SP hat mit ihren Forderungen nach neuen Folterinstrumenten gegen die Wirtschaft in Form unbezahlbarer neuer Steuern ihre wirtschaftspolitische Maske fallengelassen.

Schlupflöcher, die zu Ungerechtigkeiten führen, sind jedoch zu stopfen.

■ Rasche Normalisierung unserer Beziehungen zu Europa, um den Binnenmarkt mit rund 380 Millionen Konsumenten ungehindert mit unseren Produkten und Dienstleistungen bedienen zu können.

■ Aktive Förderung neuer Technologien und Ablehnung von Technologieverbots- und die Genverbotsinitiative.

■ Keine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten.

■ Flexiblere Arbeitsmärkte: Teilzeitarbeit und Jahresarbeitszeiten statt obligatorische Kürzung der Wochenarbeitszeiten, welche die Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer weiter reduzieren würde.



Ein intelligent gebrauchter Papierkorb ist wohl das Büromöbel mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis: Wenn nämlich schlechte oder unbrauchbare Ideen beizeiten dort landen, statt auf dem langen Weg durch die Instanzen Zeit und Ressourcen zu verschwenden. Nicht allein für gutaussehende Papierkörbe mit einem ausreichenden Fassungsvermögen, sondern vor allem für ausgewiesene Fachleute, die Ihnen Ihre Büroeinrichtungen bis ins letzte Detail durchdacht planen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse: Gerechtigkeitsgasse 25 und 36 in Bern.

teo jakob

FDP-FRAKTION  *Rückblick Wintersession 1997*

Haushaltsziel 2001 durchsetzen

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat sich in der Wintersession 1997 für die nachhaltige Sanierung der Bundesfinanzen, für die Erstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur der Eisenbahn, für die Förderung moderner Technologien und für eine den Betroffenen gerecht werdende Revision des Scheidungsrechts eingesetzt.

MARIO TAVAZZI,
GENERALSEKRETARIAT
FDP

Die Beratungen des Budgets sowohl in den Finanzkommissionen wie auch im Plenum der beiden Räte haben gezeigt, dass Budgetkorrekturen in Anbetracht des Umfangs des strukturellen Fehlbetrages nur noch geringe Verbesserungen bringen können. Nach den Differenzbereinigungen zwischen beiden Räten verblieb ein Defizit von 7,6 Milliarden Franken. Bundesrat Villiger und die Fraktion legen deshalb um so mehr Gewicht auf die Durchsetzung des Haushaltsziels 2001.

Bei der Beratung im Ständerat erweisen sich die vom Nationalrat ursprünglich beschlossenen Zwischenziele von 4 und 2 Milliarden auf Grund der verschlechterten Ausgangslage als zu hoch gestellt. Die ursprünglichen Ziele mussten daher revidiert werden. Dieser Einsicht konnte sich auch der Nationalrat nicht mehr verschliessen, d.h., das Defizit darf definitiv im Jahr 1999 höchstens 5 Milliarden und im Jahr 2000 2,5 Milliarden und ab 2001 nicht mehr als zwei Prozent der Einnahmen, also schätzungsweise eine Milliarde Franken, betragen. Über die bereinigte neue Verfassungsnorm soll voraus-

sichtlich im Juni 1998 abgestimmt werden.

Ihre Linie nicht durchsetzen konnte die Fraktion bei der vom Bundesrat und von den Finanzkommissionen vorgeschlagenen befristeten Kürzung der Löhne des Bundespersonals. Die vorgeschlagenen Kürzungen waren sozial verträglich von 3 bis minimal ein halbes Prozent abgestuft, zeitlich befristet und zudem auch durch die Gewährung von zwei zusätzlichen Ferientagen kompensiert. Eine unheilige Allianz zwischen SP und SVP führte im Nationalrat zur Ablehnung der Vorlage. Vor allem die SVP setzte sich damit aus opportunistischen Gründen in Widerspruch zu ihren mit einem Rückweisungsantrag geforderten massiven Sparanstrengungen von 2,4 Milliarden Franken beim Voranschlag. Es ist billig, Forderungen in den Raum zu stellen, für die man nie den Tatbeweis antreten muss. Auch in der Differenzbereinigung beharrte der Nationalrat, nachdem der Ständerat einmal mehr klar zugestimmt hatte, gegen den Willen der Fraktion auf die Rückweisung. Mit klarer Mehrheit wurde lediglich die Verlängerung des Kaderlohnopfers gutgeheissen.

Schwerverkehrsabgabe

Bei der Bereinigung der LSVA hat der Ständerat auf

Grund eines freisinnigen Antrages die vom Nationalrat bereist auf Antrag der FDP unterschiedlich festgelegten Abgabesätze flexibilisiert. Für die 40-Töner beträgt der Tarif höchstens, aber nicht mehr zwingend 3 Rp. Bei den 28-Tönnern erhält der Bundesrat die Kompetenz, diesen Tarif um maximal ein Fünftel, d.h. auf 2,4 Rp., zu reduzieren. Dieser Lösung stimmte dann auch der Nationalrat zu. Die Verhandlungsposition des Bundesrates bei den bilateralen Verhandlungen soll dadurch gestärkt und den Anliegen des Binnenverkehrs möglichst Rechnung getragen werden.

Neat

Der Ständerat hat sich in zweiter Lesung in Abweichung vom Nationalratsbeschluss dafür ausgesprochen, dass nur die beiden Basistunnels Lötschberg und Gotthard realisiert werden und die anderen Projekte zurückgestellt werden sollen. Eine echte Etappierung, die zunächst nur den Bau des Gotthardbasistunnels vorsah, blieb relativ deutlich auf der Strecke. Hingegen hat sie sich deutlich für die vom Nationalrat übernommene Finanzierungsart eingesetzt und gegen einen Benzinfüfser ausgesprochen. Mit gewichtigen Differenzen geht nun das Geschäft zurück an den Nationalrat.

Nachhaltige Entwicklung und ökologische Steuerreform

Im Zusammenhang mit der Beratung des Berichtes des Bundesrates zur Strategie der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz überwies der Nationalrat eine

Motion der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, wonach der Bundesrat im Hinblick auf den Ersatz der geltenden Finanzordnung im Jahre 2006 bis spätestens 2002 eine Botschaft für eine ökologische Steuerreform vorzulegen hat. Gegen den Willen des Bundesrates soll die Revision aber ertragsneutral ausgestaltet werden. Eine ähnlich lautende Motion war aus der Mitte der Fraktion bereits in der Herbstsession sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat eingereicht worden.

Wohnbauförderung

Die staatliche Wohnbauförderung wird gemäss dem Willen des Nationalrates für die nächsten drei Jahre gegenüber früher um rund zwei Drittel gekürzt. Bis zum Auslaufen dieser Periode soll das System kritisch unter die Lupe genommen werden. Die Fraktion hatte beantragt, 100 Millionen Franken des vorgesehenen Kredites von 700 Millionen Franken für die Erhöhung der Rückstellungen zur Deckung der Verluste einzusetzen. Leider wurde dieser Antrag mit 99 zu 73 Stimmen abgelehnt.

Technologie- und Innovationsförderung

Die Fraktion setzte sich mit Überzeugung für einen Zusatzkredit von 30 Millionen Franken für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in den nächsten beiden Jahren ein. Dieser Kredit soll zur Unterstützung des Kompetenzaufbaus für Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen eingesetzt werden und wird nament-

lich der anwendungsorientierten Forschung und dem Wissenstransfer, vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zugute kommen.

Revision des Ehescheidungsrechtes

Im Zentrum der Revision steht der Wechsel vom Verschuldungs- zum Konsensualprinzip. Die in der Praxis bereits heute weit verbreitete Scheidung auf gemeinsames Begehren wird neu auch im Gesetz als Regelfall vorgesehen. Das Gesetz sieht eine neue, vom Verschulden unabhängige und die Frauen nicht mehr benachteiligende Regelung für die berufliche Vorsorge vor. Gleichzeitig wird der naheheliche Unterhalt gemäss der bisherigen Praxis umschrieben. Das Gesetz sieht auch gewisse Massnahmen vor, die die Rechte der Kinder stärken. Eine wesentliche Neuerung ist auch, das gemeinsame Sorgerecht gegenüber Kindern nach der Scheidung zu ermöglichen.

Revision des Arbeitsgesetzes

Die FDP-Fraktion unterstützt im wesentlichen die von der WAK im Einvernehmen mit den Sozialpartnern und dem Bundesrat vorgeschlagene Revision des Arbeitsgesetzes. Einige Verbesserungen sollen aber unterbreitet werden, um den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besser Rechnung zu tragen. ■

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 24. Januar 1998 in Zürich

Gentechnologie als Herausforderung

In wenigen Tagen führt die FDP der Schweiz als erste Schweizer Partei ihre Delegiertenversammlung mit der Parolenfassung zur anstehenden Genverbotsinitiative durch. Alle FDP-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

GUS. – Gentechnologiefragen strömen in zunehmendem Masse in die öffentliche Diskussion ein. Die Phase der Grundinformation dürfte sich langsam zu Ende neigen, jetzt muss die politische Diskussion um die Opportunität, über Chancen und Risiken und über das Wie in der Gentechnologie einsetzen. Die FDP Schweiz führt ihre Parolenfassung bereits im Nachgang einiger Kantonalparteien durch, welche ausnahmslos die Nein-Parole zur Genverbotsinitiative beschlossen haben.

Jetzt in den Abstimmungskampf eingreifen

Die Befürworter der Genverbotsinitiative sind gerüstet für den Abstimmungskampf um «ihr Kind». Sie versuchen, jede Gelegenheit zu nutzen, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Allerdings ist keine einheitliche Front für die Initiative auszumachen. Selbst innerhalb der SP, die ihre Parole noch in völliger Unkenntnis des indirekten Gegenvorschlags Gen-Lex voreilig beschloss, herrscht wenig Einigkeit. So hat beispielsweise der SP-Ständeherr Gian-Reto Plattner die Initiative als «sektiererisch»

bezeichnet. Auch hat er richtigerweise auf die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland hingewiesen.

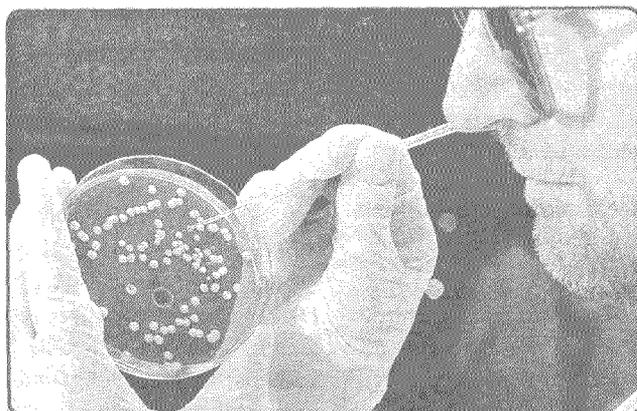
Auch im freundschaftlichen Vergleich steht die SP isoliert da. So schreiben beispielsweise die deutschen SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur Bio- und Gentechnologie: «Die SPD-Fraktionsvorsitzenden erklärten im November 1996, das Innovationspotential der Bio- und Gentechnologie in Deutschland stärker und wirksamer als bisher nutzen zu wollen, und ermunterten Unternehmen, ihre bio- und gentechnische Forschung, Entwicklung, Produktion am Standort Deutschland auszubauen... Die SPD begrüsst und unterstützt nachhaltig, dass in Deutschland – mit einer Verzögerung von vielen Jahren – endlich die Entwicklung eines Netzwerks kleiner, hochinnovativer Bio- und Gentechnikfirmen in Gang gekommen ist, in denen das Know-how für neue Verfahren und Produkte der Bio- und Gentechnik entwickelt wird.» Im weiteren – das sieht ei-

ner sozialdemokratischen Partei dann eher wieder ähnlich – wird sogar einer staatlichen Förderung dieser Technologiebereiche das Wort geredet.

Kontrolle ja – Verbote nein

Die FDP-Fraktion hat die Genverbotsinitiative in den parlamentarischen Beratungen abgelehnt. Sie wurde als fundamentalistisch, arbeitsplatzvernichtend und forschungsfeindlich bezeichnet. Hingegen befürwortet die FDP-Fraktion eine vernünftige Kontrolle der Gentechnologie: Sie hat dafür gesorgt, dass die Gen-Lex-Motion innert nützlicher Frist zu brauchbaren Resultaten im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags geführt wurde.

Die Delegierten der FDP sind nun aufgerufen, nach Anhörung verschiedener Stimmen – Details entnehmen die geneigten «Freisinn»-Leserinnen und -Leser bitte dem Programm – die Parole zur Genverbotsinitiative zu fassen. Wir freuen uns, Sie am 24. Januar 1998 in Zürich begrüßen zu dürfen!



Die Forschungstätigkeit der Schweizer Chemiefirmen ist durch die Genverbotsinitiative bedroht. (Photo key)

A. o. Delegiertenversammlung

Vom 24. Januar 1998, Hotel Marriott, Zürich

- 9.00 Kaffee, Gipfeli
- 9.30 **ERÖFFNUNGSREFERAT** durch Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident
- 9.50 **GRUNDSATZREFERAT** «WISSENSCHAFT UND DEMOKRATIE» Professor Dr. Francis Waldvogel, Präsident ETH-Rat
- 10.10 **DIE BEDEUTUNG DER GENTECHNOLOGIE UND AUSWIRKUNGEN DER INITIATIVE FÜR DEN FORSCHUNGSSTANDORT SCHWEIZ** Professor Heidi Diggelmann, Präsidentin Schweizerischer Nationalfonds
- FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT SCHWEIZ** Christophe Lamps, Ares-Serono
- FÜR DIE MEDIZIN** Professor Sabina Liechti-Gallati, Universität Bern
- FÜR DIE LEBENSMITTEL** Margrit Krüger, Präsidentin Konsumentinnen-Forum KF Schweiz
- ETHISCHE ASPEKTE** Professor Dr. Hans-Peter Schreiber, Ethik-Stelle ETH Zürich
- ÜBERLEITUNG ZUR POLITISCHEN DISKUSSION** Ständerätin Christine Beerli
- 11.00 **DIE GENSCHUTZINITIATIVE AUS SICHT DER INITIANTEN** Nationalrätin Ruth Gonseth, BL, Grüne
- 11.15 **DIE GENSCHUTZINITIATIVE AUS UNSERER SICHT / DIE GEN-LEX-MOTION ALS ANTWORT** Nationalrat Johannes Randegger, BS, FDP
- 11.30 **PODIUM UNTER EINBEZUG DES PUBLIKUMS UND DER EXPERTEN**
Leitung: Elinor von Kauffungen
Pro: Nationalrätin Ruth Gonseth
Bernhard Trachsel, Geschäftsführer Zürcher Tierschutz
Bernadette Oehen, WWF Schweiz
Contra: Ständerätin Helen Leumann, LU, FDP
Nationalrätin Christiane Langenberger, VD, FDP
Nationalrat Marc F. Suter, BE, FDP
- 12.30 **HALTUNG DES BUNDESRATES** Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- 12.50 **PAROLENFASSUNG**
Anschliessend
Schlusswort Nationalrat Franz Steinegger
- 13.00 Apéro und kleiner Imbiss

TALON

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 24. Januar 1998 im Hotel Marriott in Zürich sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich mit dem Talon so rasch wie möglich an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte möglichst rasch einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen (031) 320 35 00.

GESUNDHEITSPOLITIK  Mit jedem Bobo zum Arzt?

Staatsmedizin – nein danke!

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) wenden sich gegen die von der SP lancierte Gesundheitsinitiative. Die Jungfreisinnigen sind gegen die schrittweise Einführung einer Staatsmedizin. Die Schweiz soll nicht mit jahrzehntelanger Verspätung die gleichen Fehler machen wie viele europäische Länder zuvor.

**MICHAEL HUBER,
MURI BE,
PRÄSIDENT
JUNGFREISINNIGE
SCHWEIZ**



Die Gesundheitspolitik der Schweiz steckt in einer Sackgasse:

Das neue KVG, gegen das die Jungfreisinnigen seinerzeit die Nein-Parole beschlossen hatten, konnte seine Versprechen bis jetzt nicht einlösen. Eine Trendwende bei den galoppierend steigenden Gesundheitskosten ist noch nicht abzusehen, die Krankenkassenprämien belasten

insbesondere die Haushaltsbudgets von jungen Leuten massiv.

Eine Teilfinanzierung über eine massiv erhöhte Mehrwertsteuer ist jedoch der falsche Ansatz. Es verwundert, dass gerade die politische Küche der SP, die jahrelang die Mehrwertsteuer als asozial abgeurteilt hat, diese Steuer nun für alle Finanzierungsprobleme in der Schweiz als allheilbringende Milchkuh heranziehen will. Dass damit die Mehrzahl der Bevölkerung stärker zur Kasse gebeten wird, liegt

auf der Hand. Sodann zeigen die Erfahrungen aus dem Ausland, dass Gesundheitsleistungen noch mehr beansprucht werden (nach dem Motto «Mit jedem Bobo zum Arzt»). Weiter steht fest, dass die komplizierte Festlegung der Krankenkassenprämien mit Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen den Verwaltungsaufwand noch weiter erhöht. Die SP hat sich der falschen Seite für ihre Initiative angenommen. Nicht die Einnahmen, die Ausgaben sind das grosse Problem! Mit der

Gesundheitsinitiative der SP wird aber kein einziger Rappen gespart, im Gegenteil. Die Jungfreisinnigen fordern deshalb die volle Ausschöpfung der Wettbewerbsmöglichkeiten des KVG, die Verkleinerung des Grundleistungskatalogs, eine Spitalplanung, die den Namen verdient (keine Zurückhaltung bei Schliessung von Spitälern), Anreize zu kleinerer Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen (z. B. kleiner Selbstbehalt bei allen Leistungen) und eine höhere Jahresfranchise. ■

Die neuen Vorstandsmitglieder stellen sich vor!

Am Kongress in Weinfelden wurden neue Vorstandsmitglieder gewählt. Katharina Bachmann (BE), Arie Gerszt (GR) und Nicole Savary (NE) sind zurückgetreten. Ihre Nachfolge treten Claudia Meier (BE), Isabelle Zuppiger (VD) und Bernhard Schürch (GE) an. Untenstehend stellen sich vor:

Claudia Meier



Motiviert politisch tätig zu werden, bin ich vor zwei Jahren dem Jungfreisinn Köniz beigetreten und seit da im Vorstand tätig.

Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, selbst aktiv auf Veränderungen hinzuwirken. Will man etwas verändern, bringt passive Kritik von aussen wenig. Es ist spannend, Erfahrungen zu

sammeln, politische Konsense auszuhandeln und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Zudem will ich andere junge Leute, besonders Frauen für politische Fragen sensibilisieren.

In den letzten Jahren bin ich viel in der Welt herumgereist. Nachdem ich in Neuchâtel meine Matura absolviert hatte, begann ich mein Jus-Studium in Bern. Letztes Jahr habe ich in San Diego ein halbes Jahr gearbeitet. Unterdessen bin ich im siebten Semester und bereite mich gerade auf den 1. Teil des Lizentiats vor.

Damit ich während meines Studiums nicht ganz auf das Reisen verzichten muss, arbeite ich während der Semesterferien als Flight Attendant bei der Swissair.

Als Ausgleich zum Studium spiele ich Tennis. Mit Skifahren und In-line-Skating komme ich sonst meinem Bewegungsdrang nach.

In naher Zukunft will ich mein Studium beenden. Aber auch bei politischen Diskussionen möchte ich engagiert mitdiskutieren.

Speziell beim Jungfreisinn Schweiz möchte ich den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektionen in der ganzen Schweiz fördern.

Bernhard Schürch



Ich bin am 17. August 1973 in Chênes-Bougeries (GE) geboren und wohne in Onex (GE), stamme aber aus Heimiswil (BE). Meine Eltern sind in Bern aufgewachsen, und wir sprechen zu Hause Berndeutsch.

Nach meinem Maturabschluss (Latein) habe ich drei Semester an der Hochschule (heute: Universität) St. Gallen verbracht. Auch wenn ich dort nicht abge-

schlossen habe, bereue ich diesen Aufenthalt nicht: Ich habe mein Hochdeutsch verbessern können, eine mir vorher unbekannte Ecke der Schweiz kennengelernt und einen lehrreichen Einblick in die VWL und das Staats- und Privatrecht erhalten.

Jetzt studiere ich Politikwissenschaften an der Uni Genf.

Meine Hobbys sind Lesen, Skifahren, Bergwandern, Tennis, Radfahren und natürlich auch Politik.

In letztere bin ich mit 17 eingetreten, als mich eine Nachbarin zu einer Delegiertenversammlung der Kantonalpartei mitnahm. Danach trat ich dem Vorstand des Gemeindevereins (Onex) bei. Ein Jahr später wurde ich Sekretär der Jungfreisinnigen des Kantons Genf und als Jugendvertreter in den Zentralvorstand der Kantonalpartei gewählt. Ausserdem bin ich Delegierter des Gemeindevereins.

Nach meinem Ostschweizer Aufenthalt bin ich wieder im Vorstand der JF Genf und dessen Delegierter bei den JF Schweiz seit etwa einem Jahr.

Als Mitglied des Vorstandes der JF Schweiz möchte ich mich vor allem für eine stärkere Beteiligung der Jungen in der Politik und ein grösseres Bewusstsein über die Verantwortung, die man in einem direktdemokratischen Staat als Bürger(in) hat, engagieren.

Wir Junge haben einen Vorteil gegenüber den älteren Generationen: Wir sind weniger stark an dogmatisch-ideologische Denkschemen gebunden. Dieser Sinn für Pragmatismus charakterisiert insbesondere die JF. Als Vertreter der Westschweiz liegt mir die Europafrage selbstverständlich auch sehr am Herzen. ■

REFORMEN  Agrarpolitik 2002

Sich nüchtern mit den Realitäten auseinandersetzen

Die Schweizer Landwirtschaft steht vor riesigen Herausforderungen und unter starkem politischem Druck. Es ist jedoch noch viel Arbeit nötig, um der Landwirtschaft tatsächlich wieder eine Perspektive zu geben.

FDP-NATIONALRAT
MARCEL SANDOZ,
LAVIGNY (VD)



Der Pulverdampf, der über der nationalen Agrardebatte lag, hat sich wieder verzogen. In der grossen Kammer prallten noch die unterschiedlichsten Vorstellungen aufeinander. Als Bauer erhielt ich den Eindruck, dass man sich im Rat zum Teil sehr wenig Rechenschaft darüber gab, was seit einiger Zeit in der Landwirtschaft konkret abläuft.

Tiefgreifende Veränderungen in der Landwirtschaft ...

Die Landwirtschaft musste in den letzten Jahren in einem harten Prozess erfahren, dass sie um tiefgreifende Veränderungen nicht herkommt. Ich will ohne Anspruch auf Vollständigkeit nur auf die wichtigsten Punkte eingehen:

Tatsache ist, dass der Wettbewerb auf den Nahrungsmittelmärkten härter wird. Dies bedeutet, dass ohne Anstrengungen auf allen Stufen Marktanteile und damit Arbeitsplätze verloren gehen.

Der WTO-Abschluss widerspiegelt die Entwicklungen auf den Märkten: Er verpflichtet die einzelnen Staaten dazu, weniger in die Märkte einzugreifen

und den Wettbewerb stärker spielen zu lassen.

Die Gesellschaft verlangt heute eine stärkere Beachtung der Ökologie und des Tierschutzes. Der Bund hat entsprechende Programme 1992 eingeführt. Heute werden bereits mehr als 70 Prozent der Fläche unter einem solchen Programm bewirtschaftet.

Das System der Direktzahlungen wurde seit 1992 stark ausgebaut. Gleichwohl fiel das Einkommen der Landwirte im Vergleich zu den neunziger Jahren um 20 bis 30 Prozent. Da wirkt es wie Hohn auf die betroffenen Bauernfamilien, wenn gewisse Kreise in der Ratsdebatte so getan haben, als sei in der Landwirtschaft überhaupt noch nichts passiert.

... und die Reform geht weiter!

Schon während dieser ersten Etappe der Agrarreform wurde eine zweite in Aussicht gestellt, welche die bestehenden Marktordnungen liberaler gestalten soll. Die alte Agrarpolitik kann man mit dem Ausdruck von alt Bundesrat Schaffner umschreiben, der die Bauern aufforderte, möglichst effizient zu produzieren und die Absatzfragen der Politik zu überlassen. Neu will sich der Staat vermehrt auf agrarpolitische Rahmenbedingungen beschränken und sich aus

den Details der Absatzfragen zurückziehen.

Konkret heisst das zum Beispiel bei der Milch, dass es für die Bauern keine garantierten Preise und auch auf den der Landwirtschaft nachgelagerten Stufen keine gesicherten Margen mehr gibt. Die politisch immer wieder diskutierte Käseunion sowie die Butyra haben in der neuen Milchmarktordnung keinen Platz mehr. Das bisherige System wird radikal umgekehrt. Früher hat der Bund auf verschiedenen Stufen Preis- und Margengarantien gegeben und dann – oft via Nachtragskredite – finanziell das getragen, was auf dem Markt nicht hereingeholt werden konnte. Künftig wird das Parlament alle vier Jahre beschliessen, wieviel Geld für die Landwirtschaft und damit auch für den Milchmarkt zur Verfügung steht. Die Beteiligten haben sich folglich nach der Decke zu strecken, oder anders ausgedrückt: Nur wer auf dem Markt gut arbeitet, wird letztlich auch seine Rechnung finden.

Eine der Kernfragen der Reform besteht darin, mit welchen Instrumenten die neue Agrarpolitik ausgestattet werden soll. Gewisse Kreise wollen ausschliesslich produktionsneutrale Direktzahlungen – z.B. Flächenbeiträge – einsetzen. Auch die internationale agrarpolitische Diskussion beschäftigt sich intensiv mit dieser Frage. Immer deutlicher zeigte sich in jüngster Zeit, dass ein einseitig auf Direktzahlungen ausgerichtetes System zu unerwünschten Resultaten

führt. Auf diese Weise wäre ein grosser Teil der Direktzahlungen Direkteinkommen. Nur sehe ich – und die internationale Diskussion bestätigt mich in meiner Meinung – nicht, wie eine solche Landwirtschaft überhaupt die hohen Anforderungen der Abnehmer der Nahrungsmittel überhaupt erfüllen könnte. Ich bin deshalb überzeugt, dass es bei uns – genau wie in anderen Ländern – auch in Zukunft neben den Direktzahlungen gewisse Formen der produktegebundenen Stützung braucht. Im übrigen werden die Verpflichtungen bei der WTO sowie die Anstrengungen um die Sanierung der Bundesfinanzen dafür sorgen, dass das Ausmass dieser Stützung im Rahmen bleibt.

Widersprüchliche Anforderungen an Landwirtschaft und Agrarpolitik

In der Ratsdebatte sind mir einmal mehr die gegensätzlichen Anforderungen aufgefallen, denen die Landwirte gleichzeitig genügen sollten. Auf der einen Seite will man mehr Markt, mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr internationale Ausrichtung, auf der anderen Seite fehlt es nicht an Versuchen, der schweizerischen Landwirtschaft Auflagen zu machen und damit Kosten zu verursachen, die es in dieser Form im Ausland nicht gibt.

Als Bauer ist es schwer nachvollziehbar, wie sich gewisse Kreise die Zukunft der Landwirtschaft vorstellen. Da will man von den Bauern EU-Preise bei

ZUM THEMA

Innerhalb der Landwirtschaft besteht so etwas wie eine Stau-lage in bezug auf die Strukturentwicklung.

Die Reform der Agrarpolitik wird nach meiner Überzeugung nur dann gelingen, wenn die widersprüchlichen Erwartungen an die Landwirtschaft überwunden werden und wenn man sich nüchtern mit den Realitäten auseinandersetzt.

Schweizer Kosten, man will ihnen noch und noch strengere Vorschriften und damit höhere Kosten als im Ausland auferlegen, man will die Milchproduktion um 10 Prozent senken, man will bei der Landwirtschaft sparen, und man scheut sich nicht, all dies auch noch als Zukunftsperspektive darzustellen. Eigenartig ist, dass solche Vorschläge ausge-rechnet von jenen Kreisen kommen, die sich sozial geben und stets nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen rufen.

Die Reform der Agrarpolitik wird nach meiner Überzeugung nur dann gelingen, wenn die widersprüchlichen Erwartungen an die Landwirtschaft überwunden werden und wenn man sich nüchtern mit den Realitäten auseinandersetzt. Noch bleibt viel Arbeit zu leisten.

Der Hamex-Specksteinofen des Jahres

- Der schnelle Heizer
- Der lange Speicher
- Der regulierbare Pyromane
- Der knusperige Bäcker
- Der leckere Pizzaiolo
- Der heisse Griller
- Der gemütliche Wärmespender
- Der preisgünstige Alleskönner

Der Hamex-Specksteinofen «Arte-Back 115.SP»

Wir über uns.

In der grossen Vorführ-Ausstellung finden Sie über 100 Basismodelle. Mit 10 Kachelfarben, diversen Granit-, Marmor- Speckstein- und Stahlmantelbestückungen lassen sich über 500 Modell- und Farbvarianten kombinieren. Die grosse Auswahl wird Sie bestimmt begeistern! Mehrere Öfen sind für Heiz- und Backvorführung in Betrieb. Sie werden sachkundig und kostenlos von unserem Profiteam beraten. Besuchen Sie uns, oder verlangen Sie die ausführliche Gratisdokumentation mit Preislisten. Gleichzeitig erhalten Sie die Adresse eines qualifizierten Fachmannes ganz in Ihrer Nähe.

Öffnungszeiten

Mo bis Fr 8.30–11.30 Uhr
13.30–17.00 Uhr

Samstags und abends gegen telefonische Voranmeldung.
Beratung, Lieferung, Einbau und Instruktion durch Ihren Ofenbauer.



HAMEX

ÖFEN

Grosse permanente Ausstellung

Hamex AG
Grossmatte-Ost 2-4
6014 Littau-Luzern
Telefon 041-250 71 71
Telefax 041-250 72 29
Tel. Anmeldung vorteilhaft

Bon für Gratisdokumentation

FDP Freisinn Schweiz
1/98

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

STUDIENTAGUNG ☉ 21. Februar 1998 in Bern

Technologietransfer von der Wissenschaft zur Wirtschaft

Wir freuen uns, Sie zu unserer Studientagung mit dem Thema «Technologietransfer: Von der Wissenschaft zur Wirtschaft» einladen zu dürfen.

Wie Sie dem beigelegten Programm entnehmen können, werden wir uns mit

drei Bereichen befassen, die regelmässig pädagogische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kreise beschäftigen. Der rasche Anpassungsprozess der wirtschaftlichen Strukturen wirft einige Fragen auf:

■ Wie können politische Behörden den Technologietransfer von den For-

schungsinstituten und den spezialisierten Schulen in die Wirtschaft fördern?

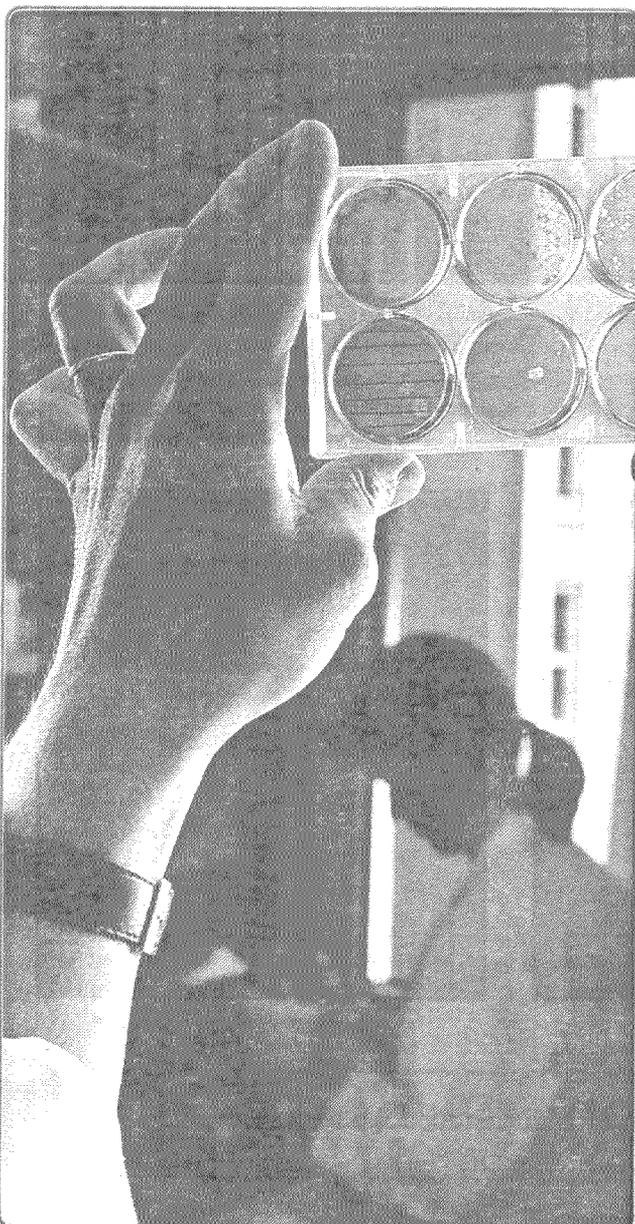
■ Wie kann eine Erfindung oder eine Querschnittstechnologie an ein Unternehmen transferiert werden, wie kann allenfalls eine neue Produktionseinheit für die Markteinführung geschaffen werden?

■ Wie kann die Finanzierung gesichert werden?

■ Verschiedene oft unkoordinierte Versuche und Initiativen wurden in diesem Bereich bereits ergriffen. Ist diesen Aktionen guten Willens ein normativer Rahmen zu geben?

Antworten auf diese Fragen werden an dieser Studientagung gegeben und diskutiert von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

Wir danken Ihnen für Ihre Anmeldung mit dem beiliegenden Talon. ■



Die Wissenschaft erzielt mannigfaltige Forschungsergebnisse. Diese gezielt für die Wirtschaft fruchtbar zu machen stellt aber vielfach ein Problem dar. (Photo key)

PROGRAMM

Technologietransfer:

Von der Wissenschaft zur Wirtschaft

Studientagung der FDP Schweiz
Universität Bern, 21. Februar 1998, 9.45 Uhr

- 9.45 Kaffee
- 10.15 Begrüssung und Eröffnung der Tagung durch Nationalrätin Christiane Langenberger (FDP/VD)
- 10.25 Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz Einführung in die Thematik
- 10.45 Forschung und Technologietransfer Professor Dr. Eric Fumeaux, Direktor der Walliser Ingenieurschule
- 11.00 Innovation in Unternehmungen und unternehmerische Innovation Unternehmer Peter Schüpach, LYNX Software Research AG, Langenthal
- 11.15 Finanzielle Bedingungen und Risk Capital Noch offen
- 11.30 Diskussion, geleitet durch Nationalrätin Christiane Langenberger
- 12.15 Zusammenfassung der Tagung und Schlussfolgerungen zur Definition der politischen Position
- 12.25 Diskussion von möglichen Postulaten
- 13.10 Genehmigung des Papiers

Talon

- JA, gerne melde ich mich an für die FDP-Studientagung «Technologietransfer: Von der Wissenschaft zur Wirtschaft» vom Samstag, 21. Februar 1998, an der Universität Bern.

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

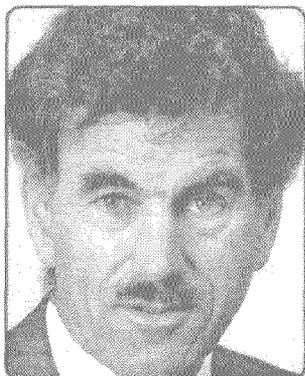
PLZ/Ort: _____

Talon bitte so rasch wie möglich einsenden an: FDP der Schweiz, Studientagung «Technologietransfer: Von der Wissenschaft zur Wirtschaft», Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 320 35 00.

GENVERBOTSINITIATIVE ◉ Vernünftige Lösung heisst Gen-Lex

Wasserdicht geschnürte Gen-Lex

Termingemäss hat der Bundesrat seinen Bericht zur Umsetzung der Gen-Lex-Motion abgeliefert und die Vernehmlassung zu den beantragten Gesetzesanpassungen eröffnet. Eine erste Bilanz zeigt, dass alle Forderungen der Gen-Lex aufgenommen wurden und dass damit die Gesetzeslücken im Bereich der ausserhumanen Gentechnik rasch und umfassend geschlossen werden.



Johannes R. Randegger

sollen mit Fragen zu den Zielsetzungen der Gentechnik und mit Diskussionen über deren Nutzen und Risiken an die Öffentlichkeit gelangen. Bereits Anfang 1998 wird eine aus verschiedenen Interessenvertretern zusammengesetzte Ethikkommission ihre Arbeit aufnehmen und sich vor allem mit der Konkretisierung des Ethikprinzips «Schutz der Würde der Kreatur» befassen. Die

Kommission wird den Bundesrat beim Vollzug der Gesetze beraten und die Öffentlichkeit direkt über Fragestellungen in diesem Bereich informieren.

Das Umweltschutzgesetz wird zum Gentechnikerlass

Mit der bereits 1995 erfolgten Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) und mit den gemäss Gen-Lex vorgeschlagenen Änderungen wird der Anwendungsbereich des USG erheblich ausgeweitet. Der Einbezug der Würde der Kreatur, der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung unter die Schutzobjekte des Gesetzes und die damit zusammenhängende Schaffung einer Ethikkommission macht aus dem USG einen eigentlichen Querschnittserlass für die ausserhumane Gentechnik.

Alle anderen Erlasse, wie das Tierschutz-, das Lebensmittel- und Landwirtschaftsrecht, die ebenfalls bearbeitet wurden, stehen in einem inneren Zusammenhang mit der USG.

Sicherheit ist das Hauptanliegen

Für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen sowie für alle Freisetzungsvorhaben ist auf Grund des revidierten USG bereits seit 1997 eine Bewilligung des Bundes erforderlich. Ergänzend wird nun auch im Landwirtschaftsgesetz vorgesehen, dass gentechnisch veränderte Produkte oder Hilfsmittel nicht erzeugt, gezüchtet, eingeführt, freigesetzt oder in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie die Sicherheit von Mensch und Umwelt gefährden, die Würde der Kreatur missachten und die biologische Vielfalt und deren nachhaltige Nutzung beeinträchtigen.

Forderung nach verlängerter Haftpflicht berücksichtigt

Um langfristige Auswirkungen der Gentechnik zu berücksichtigen, werden die Verjährungsfristen verlängert. Für die zivilrechtliche Haftung für umweltgefährdende Tätigkeiten wird neu eine relative Frist von drei und eine absolute Verjährungsfrist von dreissig Jahren vorgesehen.

Die Tierzucht soll rasch geregelt werden

Die Herstellung transgener Tiere stellt keine prinzipielle Verletzung der Würde der Kreatur dar. Für die Herstellung und den Umgang mit transgenen Tieren

ZUM THEMA

.....
Für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen sowie für alle Freisetzungsvorhaben ist auf Grund des revidierten USG bereits seit 1997 eine Bewilligung des Bundes erforderlich.

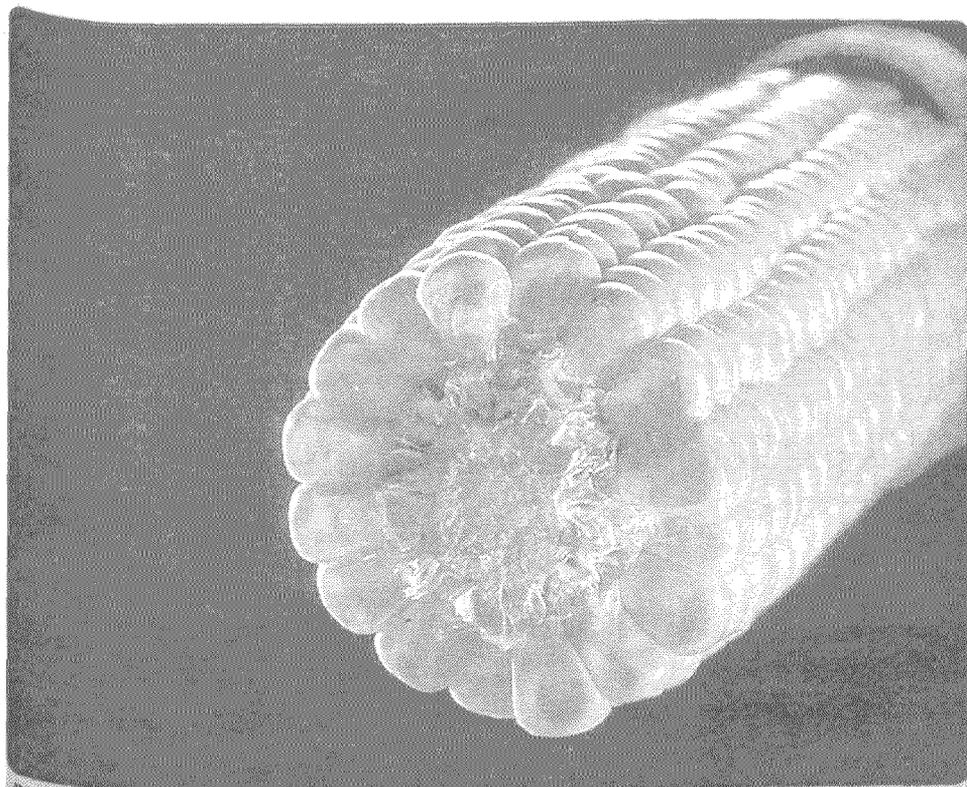
.....
Um langfristige Auswirkungen der Gentechnik zu berücksichtigen, werden die Verjährungsfristen verlängert.

.....
Damit wird der Verbotsinitiative ein guter indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt, der – entgegen der Behauptung der Initianten – durch seine Konkretheit durchaus «die Katze aus dem Sack lässt».

wird jedoch eine Bewilligung verlangt, ausserdem muss eine Güterabwägung vorgenommen werden. Eine wichtige Lücke im Tierschutzgesetz wird geschlossen, indem inskünftig der Geltungsbereich auch die Tierzucht und insbesondere die Züchtung transgener Tiere umfasst. Für die Zucht und Einfuhr gentechnisch veränderter Nutztiere wird auch im Landwirtschaftsgesetz eine Güterabwägung vorgeschrieben. Für eine Bewilligung ist der Nachweis erforderlich, dass wichtige Gründe für Zucht und Absatz vorliegen und

Auch für die Förderung des Dialogs wurden konkrete Schritte unternommen. Die zuständigen Bundesstellen

FDP-NATIONALRAT
JOHANNES R. RANDEGGER,
BETTINGEN (BS)



Die Zulassung von St-176-Mais wird durch die Genverbotsinitiative nicht verunmöglicht. Trotzdem hat sie die Diskussion im neuen Jahr neu entfacht. (Photo key)

FORTSETZUNG AUF SEITE 14

FORTSETZUNG VON SEITE 13

dass die Voraussetzungen des Tierschutzrechts erfüllt sind.

Was schon alles geregelt ist

Die Ausführungsbestimmungen zum revidierten USG, die Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie die Verordnung über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Mikroorganismen sind in der Vernehmlassung. Die Ausführungserlasse zum neuen Lebensmittelgesetz sind bereits in Kraft und regeln insbesondere auch die Bewilligung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Konsumprodukte.

Genverbotsinitiative oder Missbrauchsverhinderungspaket

Wenn von den Genverbotsinitianten das Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen und der Herstellung und Nutzung transgener Tiere mit dem Schutzargument gerechtfertigt wird, so kann dem entgegengehalten werden, dass die mit dem Gen-Lex-Paket sachlich und ethisch vervollständigte Gesetzgebung für eine Missbrauchsverhinderung diese Schutzziele auch ohne Verbote vollständig abdecken wird. Damit wird der Verbotsinitiative ein guter indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt, der – entgegen der Behauptung der Initianten – durch seine Konkrettheit durchaus

«die Katze aus dem Sack lässt». Die Hochschulen, Wirtschaftsverbände und bürgerlichen Parteien stehen nun im Wort, ihre Stellungnahmen zur Vernehmlassung in befürwortendem Sinn abzufassen und damit der Initiative weiteren Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die SPS isoliert sich nicht nur in der Schweiz

Mit dem Entscheid, die Genverbotsinitiative zu unterstützen, isoliert sich die SPS auch gegenüber ihren Schwesterparteien in Europa. Bester Beweis dafür ist die Stellungnahme des SPD-Abgeordneten Görlach vom 20. November 1997 im Europäischen Parlament. «In der Sozialdemokratischen Partei hat es in den letzten zwölf Monaten eine starke Annäherung

der Positionen zur Gentechnik gegeben... Die Fraktionsvorsitzenden erklärten bereits im November 1996, das Innovationspotential der Gentechnik in Deutschland stärker und wirksamer als bisher nutzen zu wollen und ermunterten Unternehmen, ihre gentechnische Forschung, Entwicklung und Produktion am Standort Deutschland auszubauen.» Mit einer Verzögerung von mehreren Jahren unterstützt die SPD heute die Förderung der Gentechnik und die Gründung innovativer Gentechnikfirmen, da sie eingesehen hat, dass sie sonst Arbeitsplätze vernichtet und der Jugend wichtige Zukunftschancen verbaut. Vielleicht ringt sich diese Ansicht, bevor es zu spät ist, auch bei der SPS durch. ■

ZUM THEMA

.....
Mit dem Entscheid, die Genverbotsinitiative zu unterstützen, isoliert sich die SPS auch gegenüber ihren Schwesterparteien in Europa.

Mit einer Verzögerung von mehreren Jahren unterstützt die SPD heute die Förderung der Gentechnik und die Gründung innovativer Gentechnikfirmen, da sie eingesehen hat, dass sie sonst Arbeitsplätze vernichtet und der Jugend wichtige Zukunftschancen verbaut.

Klaus J. Stöhlker

**Wahl-
 Kampf
 von A bis Z**



- Das unerlässliche Standardwerk für alle, die mit und in der Politik zu tun haben. Strategien, Techniken, Tips und Tricks vom Praktiker für Praktiker
- 304 Seiten gebunden
- Preis: Sfr. 58.-
- ISBN 3-908688-24-8
- Erhältlich in allen Buchhandlungen oder direkt beim Verlag: utzinger/stemmle verlag, Landstrasse 1, 5415 Rieden, Fax: 056-282 18 84

FDP auf Internet

 Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

 Unsere Adresse:

 E-Mail: gs@fdp-prd.ch

<http://www.fdp.ch>

VERKEHRSPOLITIK  *Wenig Verständnis für das Referendum*

Die Schwerververkehrsabgabe ist europa- und verkehrspolitisch nötig

Unser Land steht in wichtigen Verhandlungen über die bilateralen Abkommen mit der EU. Dabei ist klar, dass ein Abschluss nur möglich ist, wenn die Schweiz den Zugang für 40-Tonnen-Fahrzeuge gewährt. Auch bei jeder anderen europapolitischen Option, sowohl bei einem EWR II als auch bei einem Beitritt zur Europäischen Union, wird die Schweiz die 28-Tonnen-Limite durch andere Schutzmassnahmen ersetzen müssen.

FDP-NATIONALRAT
FULVIO PELLI, SORENGO
(TI)*

Auch der Zeitraum ist vorgegeben, denn im Jahr 2005 läuft der Transitvertrag aus, und eine einseitige Verlängerung der 28-Tonnen-Limite durch die Schweiz würde unser Verhältnis zu unseren wichtigsten Handelspartnern, massiv verschlechtern.

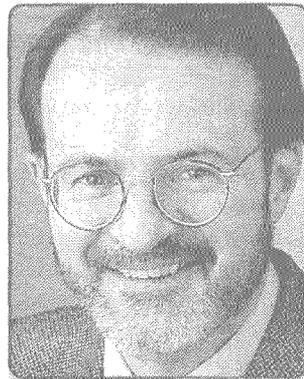
Eine Aufgabe der 28-Tonnen-Limite ohne flankierende fiskalische Schutzmassnahmen wäre jedoch verkehrspolitisch eine Katastrophe. Bereits heute sind die Auswirkungen des Lastwagenverkehrs für grosse Bevölkerungskreise in vielen Regionen unseres Landes nicht mehr zumutbar. Auch das Strassennetz selbst wird zunehmend überlastet – im Ost-West-Verkehr ebenso wie im Nord-Süd-Verkehr. Die Bahnen schliesslich stehen unter gewaltigem Druck. Diese Entwicklung darf nicht verschärft werden. Im Gegenteil hat das Schweizer Volk in verschiedenen Abstimmungen klar zum Ausdruck gebracht, dass der

Co-Präsident des Schweiz. Komitees «Ja zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe – zur Entlastung von Strasse und Umwelt».

Güterverkehr auf die Schiene verlagert werden soll. Die entscheidenden Instrumente dazu sind die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, die Bereitstellung einer modernen Bahninfrastruktur und die Bahnreform zur Steigerung der betrieblichen Konkurrenzfähigkeit.

Schrittweise Einführung

Aus europa- und verkehrspolitischen Gründen hat das Parlament daher das Einführungsgesetz für die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe beschlossen. Diese wird aber nicht von heute auf morgen ein-



Fulvio Pelli

geführt, sondern schrittweise bis im Jahr 2005. Das Transportgewerbe hat also eine ausreichende Anpassungszeit von sieben Jahren vor sich. Es ist daher auch falsch, wenn die Gegner der Schwerverkehrsabgabe die dannzumaligen Tarife mit der heutigen Situation in der EU vergleichen; auch in der EU werden diese Abgaben erhöht werden.

Zudem ist das Gesetz bewusst sehr flexibel gestaltet worden. So sind für kleinere Fahrzeuge tiefere Ansätze vorgesehen, um auf spezielle binnenwirtschaft-

liche Situationen Rücksicht nehmen zu können. Auch können bestimmte Fahrzeuge oder Verwendungszwecke ganz oder teilweise von der Abgabe befreit werden. Aus Rücksicht auf den Tourismus werden für Reisesecars nur reduzierte Pauschalabgaben erhoben. Andererseits werden schwere Transitfahrzeuge stärker zur Kasse gebeten.

Wirtschaftlich tragbar

Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe ist wirtschaftlich durchaus tragbar. Ein grosser Teil der Abgabe kann nämlich kompensiert werden mit der vorgesehenen schrittweisen Erhöhung der Gewichtslimite. So ist die Nutzlast bei einem 40-Tonnen-Fahrzeug mit rund 24 Tonnen aber um bis zu 60 Prozent höher als bei einem 28-Tonnen-Fahrzeug mit rund 16 Tonnen Nutzlast. Ohnehin machen die Transportkosten in der Regel nur rund ein Prozent des Produktpreises aus. Die LSVA macht davon wiederum nur einen Bruchteil der übrigen betrieblichen Transportkosten aus, welche bei einer Umstellung auf Fahrzeuge mit besserem Nutzlastverhältnis sogar sinken.

Sinnvolle Verwendung

Der Ertrag der Schwerverkehrsabgabe von zwischen 750 und 1400 Millionen Franken wird reinvestiert in den Bau und Unterhalt eines modernen Verkehrsnetzes. Dabei fliessen maximal zwei Drittel in den Bau der Neat und anderer Bahngrossprojekte. Ein Drittel, das werden im Jahr 2005

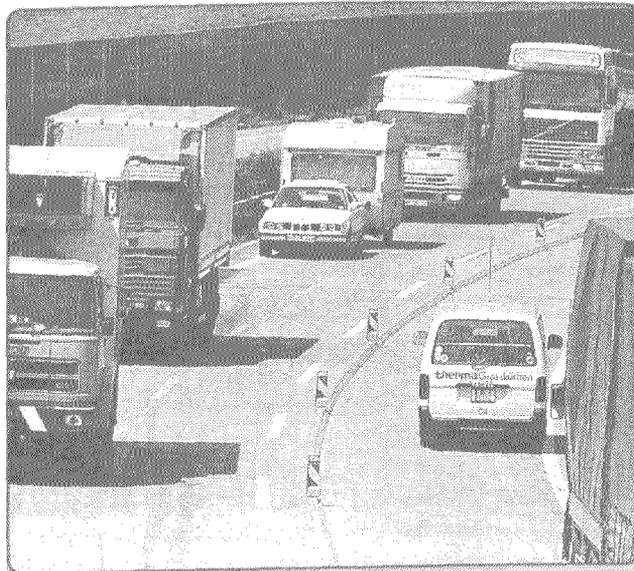
ZUM THEMA

.....
Eine Aufgabe der 28-Tonnen-Limite ohne flankierende fiskalische Schutzmassnahmen wäre jedoch verkehrspolitisch eine Katastrophe.

.....
Das Transportgewerbe hat also eine ausreichende Anpassungszeit von sieben Jahren vor sich.

.....
Ohnehin machen die Transportkosten in der Regel nur rund ein Prozent des Produktpreises aus.

gegen 400 Millionen Franken jährlich sein, geht an die Kantone, vorab zur Deckung der Bau- und Unterhaltskosten des Strassennetzes. Weil keine Konsumaufwendungen des Staates, sondern sinnvolle und langfristige Investitionen finanziert werden, ist auch ein positiver Beschäftigungseffekt zu erwarten, von dem alle Regionen profitieren.



Die absehbare Aufhebung der 28-Tonnen-Limite macht begleitende Massnahmen notwendig. (Photo key)

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-462 62 62

UMFRAGE DER FDP-FRAUEN SCHWEIZ  *Machen Sie mit!*

Gleichstellung in der 11. AHV-Revision

Welche Wünsche haben die Frauen an die 11. AHV-Revision. Mittels einer Umfrage wollen die FDP-Frauen Schweiz herausfinden, welches die Anliegen der Frauen an die bevorstehende AHV-Revision sind. Aus den Antworten sollen die Forderungen für die nächste Gesetzesrevision abgeleitet werden.

**SYBILLE BURGER-BONO,
PRÄSIDENTIN DER
FDP-FRAUEN SCHWEIZ**

Die heilige Barbara, deren Name am 4. Dezember in jedem Kalender steht, ist die Schutzpatronin der Artilleristen und der Feuerwehr, aber auch der Bergsteiger. Sie steht somit stellvertretend für ein überaus aktives und dynamisches Lebenskonzept. Die ihr zugeordneten Zweige sind hingegen eher knorrig, blühen aber bekanntlich bis Weihnachten rosarot auf.

Dieses Bild der wehrhaften Barbara und ihrer knorrigen, aber doch schönen Blüten nahmen die FDP-Frauen auf, um am 4. Dezember vergangenen Jahres ihre Postkartenumfrage zur 11. AHV-Revision zu starten. Es steht stellvertretend für die Vision der Schweiz, die sich eher harzig an die Gleichstellung von Mann und Frau herantastet (man erinnere sich an die doch allzu verspätete Einführung des Frauenstimmrechts), aber ganz zum Ende des 20. Jahrhunderts doch ei-

nige erfreuliche Wendungen nimmt... Auch die FDP Schweiz legte diese Vision ihrem Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» 1995 zugrunde. Sie hält darin insbesondere fest, dass die Gleichstellung und damit der Abbau der Rechtsnormen und Gewohnheiten, welche die Frau diskriminieren, ein elementares, liberales Ziel sei. Die Partei vertrete dies nicht etwa erst sei neuestem, sondern schon seit 1993.

Individuelle Bedürfnisse kennen

Die FDP-Frauen Schweiz wollen insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen diese Entwicklung aktiv begleiten und in der Meinungsbildung eine federführende Rolle spielen. Mit einer Umfrage möchten die FDP-Frauen Schweiz herausfinden, wo die tatsächlichen Wünsche der Frauen zur 11. AHV-Revision liegen. Ein wesentliches Anliegen liberaler Politik muss die Beachtung der individuellen Bedürfnisse des Einzelnen sein. Erst wenn klar ist, was der Mehrheit der antwortenden Frauen wirklich am Herzen liegt, kann daraus eine Forderung für die nächste Gesetzesrevision abgeleitet werden.

Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz überhaupt. Die konsequente Gleichstellung innerhalb dieses Werkes hat Signalwirkung für die gesamte schweizerische Sozialpolitik. Die Gleichstellung in der AHV zu ver-

Herzliche Gratulation, Marianne Dürst-Kundert!

Die FDP des Kantons Glarus hat anlässlich ihrer Versammlung vom 5. Januar 1998 die Weichen gestellt und nominiert Marianne Dürst-Kundert neben Willy Kamm (bisher) als offizielle FDP-Regierungsratskandidatin. Die 37jährige Glarnerin ist Rechtsanwältin und führt im Kantonshauptort eine eigene Kanzlei.

Wir freuen uns sehr über dieses deutliche Zeichen, das die FDP des Kantons Glarus mit dieser Nomination gesetzt hat, und hoffen, dass die Glar-



nerinnen und Glarner diesem folgen werden.

Wir wünschen Marianne Dürst-Kundert einen erfolgreichen Wahlkampf, viel Energie und Elan.

FDP-Frauen Schweiz

wirklichen heisst gleichzeitig beweisen, dass Gleichstellung ein wesentliches liberales Anliegen ist. Die freisinnigen Frauen Schweiz fordern die Versprechen der 1995 verabschiedeten Postulate ein. Unter Punkt 6 der «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» hält die Parteileitung fest, dass dem von Geschlecht und Zivilstand unabhängigen Sozialversicherungs- und Steuersystem eine zentrale Bedeutung für die Gleichstellung zukomme.

Unentgeltliche Arbeit anrechnen

Ein wesentlicher Anteil der Menschen in unserem Land leistet grosse Mengen an Arbeit ohne Entgelt. Man stelle sich alle Alters- und Pflegeeinrichtungen, die Hausbetreuung, Kinderkrippen, Gefangenenfürsorge usw. vor ohne die Mithilfe unentgeltlicher Arbeitskräfte. Vorsichtige Schätzungen des Bundes sprechen von 120 Milliarden Franken jährlich an Arbeit, die durch niemanden entgolten wird. Dass diese Arbeit unentgeltlich ist, bedeutet auch ein gewisses Stück Freiheit und soll nicht

verändert werden. Wichtig wäre aber, dass die Personen, die solche Arbeit leisten, ähnlich wie bei der Familiengutschrift, einen Teil an die spätere Rente anrechnen können.

Privilegien abgeben

Gleichstellung heisst nicht nur Besserstellung der Frau. Die FDP-Frauen sind auch der Meinung, wo dies gerechtfertigt ist, müssen eventuell auch die Frauen ihre Privilegien hergeben. Die Anpassung der Witwenan die Witwerrente und die Flexibilisierung des Rentenalters können diesen Effekt haben. Sie sind auch deshalb wichtige Postulate einer selbstbestimmten, liberalen Lebenseinstellung.

Mit ihrer Umfrageaktion möchten die FDP-Frauen Schweiz herausfinden, welchem der vorgeschlagenen vier Postulate die Frauen den Vorzug geben.

Nur wenn die Frauen deutlich sagen, was sie wollen, erreichen sie ihre Ziele. Ohne klare Stellungnahmen laufen die Forderungen der Frauen Gefahr, im «knorrigem» Zeitalter zu verharren, anstatt, wie der Barbara-Zweig, Blüten zu tragen. ■

In der Diskussion um die 11. AHV-Revision drohen Gleichstellungspostulate unterzugehen

Liebe Frauen

Die Finanzlage der Sozialwerke und des Bundes ist schlecht. Von da her droht nun Gefahr, dass Gleichstellungspostulate ohne weitere Begründung als nicht finanzierbar abgelehnt werden. Auf der anderen Seite beschwören aber Politiker aller Couleur den Traum von der allumfassenden Solidarität.

Wir, die FDP-Frauen Schweiz, fordern Solidarität ein! Konkret, Z. B. im Hinblick auf die 11. AHV-Revision. Teilen Sie uns Ihre Wünsche zur 11. AHV-Revision mit! Kreuzen Sie im untenstehenden Talon die Postulate an, die auch Ihnen wichtig sind. Schicken Sie uns den Talon bis Mitte Februar 1998 zurück. Nur wenn wir Frauen deutlich sagen, was wir wollen, können wir auch etwas erreichen!

Ich wünsche mir

- flexibles Rentenalter für Frau und Mann
- die Anrechnung gemeinnütziger Arbeit bei der Festlegung der Rente
- eine individuelle, zivilstandsunabhängige Altersrente
- dass die Witwenrente der Witwerrente angepasst wird
-

Zutreffendes bitte ankreuzen, einsenden bis Mitte Februar 1998 an: FDP-Frauen Schweiz, Postfach 530, 3000 Bern 14.

FREISINN-WETTBEWERB ◉ Die Gewinner

Das geht abwärts

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, was denn so abwärts gehe, dass Bundesrat Kaspar Villiger so nach unten zeigen musste. Der «Freisinn» präsentiert die Gewinner und die besten Sprüche des Wettbewerbs.

GUS. In der Dezember-Ausgabe des «Freisinns» wurden Sie angesprochen mit der Frage, was denn der Grund sein möge, dass Bundesrat Kaspar Villiger

mit dem Zeigefinger so abwärts gen Boden weisen musste. Eine grosse Anzahl von Leserinnen und Lesern hat uns geantwortet, die besten Antworten werden im folgenden präsentiert.

Die zwei Hauptpreise, nämlich ein FDP-Portfeuille und ein FDP-Foullard, gingen an:

Frau R. Suter Walder in Däniken für

«Entwäder tüend ihr jetzt, was ich säge, oder s goht bergab»

und an Herrn Emil Bier in Zug für

«Die Gesprächskultur gewisser Parlamentarier»

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlichen Dank fürs Mitmachen, der Gewinnerin und dem Gewinner herzliche Gratulation! ■



FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steiner und FDP-Bundesrat Kaspar Villiger am 16. August 1997 in Zug. (Photo ruti)

Herzlich willkommen!

JM. Das Generalsekretariat der FDP Schweiz hat sich mit zwei neuen Teilzeitarbeitern verstärkt:

MICHAEL HUBER, Fürsprecher, Assistent an der Uni Bern, verstärkt unser Team seit dem 1. Dezember 1997. Er betreut den ganzen Bereich Internet und stellt als Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz die Verbindung zum Nachwuchs sicher.

DIEGO OCHSNER, KantonalparteiSekretär der FDP Solothurn, arbeitet seit 1. Januar 1998 zu 50 Prozent im GS FDP Schweiz. Er ist für den Club Radical (Eröffnung im Frühling 1998) zuständig sowie für die Unterstützung des Generalsekretärs im Bereich Fundraising und Kontakte zur Wirtschaft.

Wechsel von Dossiers

Zudem hat das Dossier Gesundheitspolitik von Philippe Müller zu Frau Kohlschütter gewechselt. Die Dossiers internationale Kontakte und FDP Schweiz International sind von ihr an Philippe Müller übergegangen. ■

TERMINE

Januar

19.–23./23./24. Sondersession (BV Eintretensdebatte) Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat / Delegiertenversammlung (Zürich)

Februar

13./13./14./20./21. Von-Wattenwyl-Gespräch Fraktionsseminar VorseSSIONALE Fraktionssitzung

März

2.–20./5./10./15./17. Frühjahrsession Geschäftsleitung Beamtencocktail Eidgenössische Abstimmung Presseverband / Essen mit der Fraktion

April

27.–30./14./16./17./18./17./18. Sondersession Treffen mit FDP-Regierungsrätinnen und -räten Presseverband Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung Fraktionssitzung / Delegiertenrat Fraktionssitzung Ordentliche Delegiertenversammlung (Bern)

Mai

15./29. Von-Wattenwyl-Gespräch VorseSSIONALE Fraktionssitzung

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnigen Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

KOLUMNE

Esel, Mücken und Elefanten



Eine wichtige Aufgabe der Medien besteht darin, als Prügelknaben herzuhalten. Wenn alle Träger der Verantwortung sich um diese drücken, eignen sich Radio und Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften hervorragend, als Säcke geschlagen zu werden, obwohl die Esel gemeint sind.

Ohne Medien, die ihre frechen Nasen in fremder Leute Angelegenheiten stecken, blieben die Skandale aus. Die Welt wäre in Ordnung – und wenn nicht die ganze grosse Welt, dann doch die kleine Schweiz. Wo die Probleme drückend werden, unverständlich und

schliesslich unlösbar, sind die Medien als die wahren Verursacher schnell ausgemacht. Wirklich: nur Mücken würden uns plagen und nie Elefanten zertrampeln, gäbe es den Journalismus nicht. Lieber frei von Presse als eine freie Presse – und schon lebten wir im Zustand des Paradieses.

Die Medien sind an allem schuld

In dieses Zwielicht ist nun auch die Politik geraten. Ausgerechnet sie, die ebenfalls rasch und gerne gegen die Medien zwickt und wettet, sieht sich mit diesen in der Rolle des Prügelknaben vereint. Ein neues Duo infernale hat seinen Auftritt.

Ohne versagende Politik wäre keine Bank gegen ihren Willen zur Fusion gezwungen worden. Hätten die Parlamente nie gezögert und gezaudert, müsste nicht eine einzige Arbeitskraft entlassen werden. Und mit einem starken Bundesrat wäre jedem Unternehmer der Greuel erspart, von der verkehrsgünstigen Stadt ins steuergünstige Dorf zu flüchten.

Die Politik ist an allem schuld

Es ist die Wirtschaft, die dieses garstige Lied singt. Oder pfeift sie bereits auf die Politik? Auf welche? Die Frage stellt sich, ob die Wirtschaft eine hinkende und schleppende Politik dem «gouverner c'est prévoir» vorzieht, um sich mit vorwurfsvoller Eleganz

dem Einfluss von Regierungen und Parlamenten völlig zu entziehen. Wer solches in einer Demokratie anstrebt, verabschiedet sich auch gleich vom Volk und erhebt sich über den Souverän als eigene souveräne Macht. An Vorgängen, die uns diese Erhabenheit demonstrieren, herrscht leider kein Mangel.

Die Wirtschaft ist an allem schuld

Aber noch beginnt die Bundesverfassung nicht mit «In Gottes Namen, die Allmächtigen sind die Shareholders!». Das möchten wir so auch nie lesen. Wir brauchen einen europäischen Wirtschaftsraum, einen politiklosen nicht. Ebenso wenig wollen wir eine wirtschaftsfreie Politik.

Das eidgenössische Jubiläumjahr eignet sich glänzend, die Schlacht der gegenseitigen Pauschalwürfe zu beenden und einen ökonomischen Sonderbundskrieg zu vermeiden. Über ihn müssten ja die Medien mit Kritiklust berichten, und zwar erfahrungsgemäss derart dramatisch, dass ihnen – auch erfahrungsgemäss – die Alleinschuld in die Schuhe geschoben würde. Lassen wir es also bei diesen bewährten Prügelknaben und ersuchen Politik und Wirtschaft, sich keine weiteren Prügel zwischen die Beine zu werfen.

Alex Bäminger,
Publizist, Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich

GESUNDHEITSPOLITIK ◉ Urteil des Versicherungsgerichts

KVG krankt weiterhin

Der Urteilspruch des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes (EVG) in Sachen finanzielle Abgeltung für ausserkantonale Hospitalisation hat für Aufsehen gesorgt.

CAREN BATTAGLIA,
FREDY MÜLLER

Das hohe Gericht hat gesprochen, aber es hat das Problem nicht gelöst. Wen wundert's? Die Spitalfinanzierung war schon immer ein politischer Zankapfel, bereits vor dem neuen KVG. Das neue Gesetz, welches vor drei Jahren in Kraft getreten ist, regelt die Frage der Kostenübernahme für Spitalaufenthalte ausserhalb des eigenen Wohnkantons nur unbefriedigend. Die Leidtragenden der bisherigen Unsicherheit waren

nicht nur die Patienten, sondern auch die Privat- und die öffentlichrechtlichen Spitäler sowie die kantonalen Gesundheitsdirektionen.

Kleine Kantone werden mehr belastet

Musste sich ein Patient aus medizinischen Gründen in einem subventionierten Spital ausserhalb des eigenen Kantons behandeln lassen, so zahlte der Wohnkanton bis anhin den Tarifunterschied für die ausserkantonale Behandlung in der allgemeinen Abteilung. Das EVG verlangt nun, dass ein Wohnkanton neu auch die Tariffdifferenz bei einem Aufenthalt in der Halbprivat- oder Privatabteilung zu berappen hat. Für die Kantone bedeutet das jährliche Mehrkosten von rund 80 Millionen Franken, wobei vor allem die kleineren

Kantone darunter zu leiden haben werden.

Die kantonalen Sanitäts- und Finanzdirektoren sind mit dem Luzerner Urteil höchst unzufrieden, um so mehr als sie befürchten müssen, dass diese Regelung bald auch für die innerkantonal behandelten Privatpatienten gelten wird. Das Konkordat der Krankenversicherer (KSK) versteht den Entscheid aus Luzern denn auch als klares Präjudiz. Vieles spricht dafür, dass das oberste Versicherungsgericht in einem weiteren Urteil die jetzige Regelung auch auf kantons-eigene Privatpatienten ausdehnen könnte. In diesem Fall wären die Kantone mit einer jährlichen Kostenlawine von rund einer Milliarde Franken konfrontiert, was sie schlicht nicht für verkraftbar halten.

Spitalfinanzierung als gesundheitspolitische Zeitbombe

Der jüngste EVG-Entscheid zeigt deutlich, dass sich die unbefriedigende Regelung der Spitalfinanzierung im KVG nicht via Gericht lösen lässt. Wo der Gesetzgeber ungenau gearbeitet hat – nicht zuletzt aus abstimmungspolitischen Überlegungen –, da helfen auch keine Richtersprüche. Der KVG-Systemfehler punkto Spitalfinanzierung kann nur politisch gelöst werden. Insofern verschafft uns das EVG-Urteil also lediglich eine kurze Verschnaufpause.

Aus diesem Grund dürfen die drängenden Fragen rund um die Spitalfinanzierung bei der bevorstehenden Teilrevision, welche noch in der Herbstsession ins Parlament kommen soll,

nicht ausgeklammert werden:

■ Erstens geht es darum, Kosten einzusparen und nicht einfach umzulagern. Es macht wenig Sinn, die Krankenkassen zu entlasten und auf der anderen Seite die Steuerzahler zur Kasse zu bitten.

■ Zweitens wäre es gesellschaftspolitisch unverantwortlich, wenn gut situierte Privatversicherte immer weniger Prämien bezahlen müssten und dafür die Allgemeinheit die teuren Behandlungen in den Privatabteilungen zu berappen hätte.

■ Und drittens dürfen die Privatspitäler nicht einfach vom Wettbewerb im Gesundheitswesen ausgeschlossen werden, auch sie haben ein Anrecht auf faire Startbedingungen.

Es gilt also, die erste KVG-Teilrevision rasch und mutig an die Hand zu nehmen. Das Departement Dreifuss tut gut daran, die Lösung der Frage der Spitalsubventionen nicht hinauszuschieben, sondern in das Revisionspaket einzubauen. ■



«Tut mir leid, Chef, wir können keine Telefonrechnungen mehr ausstellen, der Datenschutzbeauftragte hat uns die Speicherung der Gesprächsdauer untersagt.»

swisscom

H 98

Karikatur Andreas Töns

DIE SCHWEIZ UND EUROPA  Eine Entgegnung

Was stimmt wirklich?

Zum fünften Jahrestag des EWR-Neins hat Nationalrat Christoph Blocher eine Broschüre in alle Haushaltungen verschickt. In der Medienöffentlichkeit hat dieses Machwerk kaum Niederschlag gefunden. Oft werden aber auch

FDP-Exponentinnen und -Exponenten auf diese Broschüre und die darin gemachten Aussagen angesprochen. Was ist von den geäußerten Argumenten und Zahlen aus freisinniger Sicht zu sagen?

Taktik, Europäische Union und EWR in einen Topf zu werfen, dem dann bei Bedarf noch die bilateralen Verträge beizumischen wären. Auf die Argumente pro/contra eines EU-Beitritts möchten wir hier nicht eingehen.

GUS. Die politische Absicht: Nationalrat Blocher möchte mit der breiten Publikation seiner Schrift nicht nur die Nachteile des EWR-Neins negieren, sondern vielmehr das Terrain vorbereiten für

die kommenden Abstimmungsfragen mit nahem oder fernem Zusammenhang mit Europa (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, bilaterale Verträge, Neat, Volksinitiative «Ja zu

Europa»). Vorgängig der konkreten Diskussion dieser Fragen möchte er die Vorteile des Alleingangs heraufbeschwören, um die damalige – zum Teil tatsächlich übertrieben schwarzmaleri-

sche – Argumentation seiner Gegner zu «entlarven». Damit will er auch unsere Glaubwürdigkeit generell angreifen.

Ebenso verfällt die Broschüre der altbekannten

Die wirtschaftlichen Argumente im einzelnen:

AUNS

Das Bruttosozialprodukt sei von 1992 bis 1996 um real 7.2 Prozent gewachsen.

Auch fünf Jahre nach dem EWR-Nein ist die Schweiz wirtschaftlich an Europas Spitze

Der Schweizer Wohlstand hat sich gegenüber der EU weiter behauptet.

Die Exporte der Schweiz haben 1992 bis 1996 real um 7 Prozent zugelegt.

Die Schweiz ist eine Zinsinsel.

Die Schweiz hat die tiefste Inflation im Vergleich zu den EU-Staaten.

Das schweizerische Lohnniveau ist sowohl absolut als auch lebenskostenindexbereinigt an der Spitze aller europäischen Länder

Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz nach wie vor sehr tief.

Der bedeutendste Schwachpunkt der Wettbewerbsfähigkeit ist die Ausgabenflut der öffentlichen Hand.

Die Direktinvestitionen in der Schweiz haben zwischen 1992 und 1996 um 308 Prozent zugenommen.

Viele ausländische Unternehmen haben sich dank dem EWR-Nein in der Schweiz niedergelassen.

FDP-Argumentation

- Das Bruttosozialprodukt gilt nicht mehr als wichtiger Indikator, da es u. a. auch die im Ausland erwirtschafteten Kapitaleinkommen umfassen würde.
- Die Oberzolldirektion als Quelle ist nachgewiesenermassen nicht korrekt.
- Das Bruttoinlandprodukt, welches als wichtigster Wachstumsfaktor gilt, ist aber in diesen Jahren real fast gar nicht gewachsen.

■ Gemäss World Competitiveness report hat die Schweiz ihren Spitzenplatz verloren. Als Hauptgrund wird der schlechtere Zugang zum europäischen Binnenmarkt erwähnt. Eine Normalisierung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa ist also dringend und notwendig.

■ Der Schweiz geht es nicht objektiv und absolut schlecht. Das Wachstum war allerdings in den Jahren 1991-1996 in der Schweiz nicht vorhanden (durchschnittlich -0.1 Prozent), während die Wirtschaften der OECD-Staaten jährlich um durchschnittlich 1.9, jene der EU-Staaten durchschnittlich um 1.5 Prozent zulegten.

■ Noch einmal: Es geht uns Schweizerinnen und Schweizern objektiv betrachtet nicht schlecht. Was von Blocher weggelassen wird, ist jedoch die zeitliche Komponente.

1. Die EU-Staaten holen auf. Relativ zu den meisten europäischen Vergleichsstaaten hat die Schweiz an Wohlstand eingebüsst.
2. Die Schweiz hat nach dem EWR-Nein nicht nichts gemacht. Bundesrat und Parlament haben versucht, die negativen Folgen des Nichtbeitritts zum EWR in einem erträglichen Rahmen zu halten, indem insbesondere eine grosser Teil der innenpolitischen Voraussetzungen für einen EWR-Beitritt (ursprünglich Eurolex, später Swissex genannt) trotzdem erfüllt wurden. Erinnert sei hier an das Kartellgesetz und das Binnenmarktgesetz.

■ In der Grössenordnung stimmt die Zahl. Aber wieder fehlt der Vergleich mit der grossen Mehrheit der andern Staaten: Die Exporte aller OECD-Staaten insgesamt nahmen im selben Zeitraum um 31, jene der EU-Staaten um 27 Prozent zu.

■ Eine stärkere Exportzunahme hätte der Schweiz, die jeden zweiten Franken im Ausland verdient, in dieser Phase der Stagnation gutgetan.

■ Dies trifft vor allem für die Hypothekenzinssätze zu. Was die kommerziellen Kredite betrifft, herrscht weniger Grund zur Freude.

■ Zudem nimmt die Zinsdifferenz zu den Nachbarstaaten ab. Beispielsweise beträgt die reale Zinsdifferenz zwischen der Schweiz und Deutschland noch etwa ein Prozent.

■ Inflationsgefahr besteht erfahrungsgemäss dann, wenn in Boomjahren eine Volkswirtschaft überhitzt wird und die Geldversorgung durch die Notenbank allzu reichlich war. Dass diese zwei Voraussetzungen in der Schweiz in den letzten Jahren nicht gegeben waren, ist weithin bekannt. So ist es wenig erstaunlich, dass sich auch die Inflationsrate in der Schweiz dem Nullpunkt genähert hat.

■ Es ist richtig, dass die Schweiz im Zeitraum zwischen September 1996 und August 1997 eine noch tiefere Teuerung aufwies als die EU-Staaten. Allerdings bewegen sich deren Inflationsraten (Ausnahme Griechenland) in äusserst moderaten Bereichen (1.0 bis 2.4 Prozent). Im Zehnjahresvergleich 1986-1996 liegt die schweizerische Teuerung sogar höher (2.9 Prozent) als z. B. unsere Nachbarländer Deutschland (2.3), Österreich (2.7) oder Frankreich (2.7 Prozent).

■ Trotz einer ungleich dynamischeren Entwicklung des Wachstums haben die meisten EU-Staaten keine höheren Teuerungsraten ertragen müssen.

■ Auch hier steht die Schweiz recht stabil da. Allerdings sind die Zunahmen der Reallohne – wie sehr viele Lohnempfänger aus schmerzlicher eigener Erfahrung wissen – in den letzten Jahren arg unter Druck geraten. Hinzu kommt, dass das schweizerische Preisniveau in manchen Bereichen rund vierzig Prozent höher ist als im nahen Ausland.

■ Im Quervergleich gesehen hat die Schweiz eine recht tiefe Arbeitslosenquote. Allerdings hat sie auch hier in den letzten Jahren eine äusserst ungünstige Entwicklung durchgemacht: seit 1990 ist die Arbeitslosenquote von 0.5 auf rund 5 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt haben die EU-Staaten keine ähnliche Zunahme hinter sich.

■ Einzelne Staaten wie Luxemburg (3.7) und Österreich (4.5) weisen eine niedrigere Arbeitslosenquote als die Schweiz auf. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der EU von Staat zu Staat höchst unterschiedlich ist. Trotzdem bleiben grosse Bevölkerungsströme in die «arbeitsreichen» Staaten aus.

■ Richtig. Deshalb ist das Haushaltsziel 2001 massiv zu unterstützen und nicht durch illusorische Radikalkuren, die von niemandem akzeptiert werden, zu gefährden.

■ Diese Zahlen stimmen, gehen aber nur dank dem extrem schwachen «Jahrgang» 1992 auf. Nimmt man beispielsweise 1990 als Referenzjahr, so müsste von einem dramatischen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen von über 6 Milliarden auf rund 2.5 Milliarden Franken gesprochen werden. In der längerfristigen Betrachtung (1985-1996) stellt man fest, dass die ausländischen Direktinvestitionen grosso modo um drei Milliarden Franken im Jahr schwanken.

■ Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland haben allerdings von 8.7 Milliarden (Durchschnitt der Jahre 1990-92) auf 20 Milliarden Franken (1996) zugenommen.

■ Der «Nouveau Quotidien» hat bei Stichproben der erwähnten Firmen herausgefunden, dass diese zum Teil nicht existieren und zum Teil schon wieder ins Ausland verreist sind.

■ Hinzu kommt, dass sich manche der zitierten Unternehmungen dagegen verwehren, dass das EWR-Nein für ihren Standortentscheid wesentlich war.